

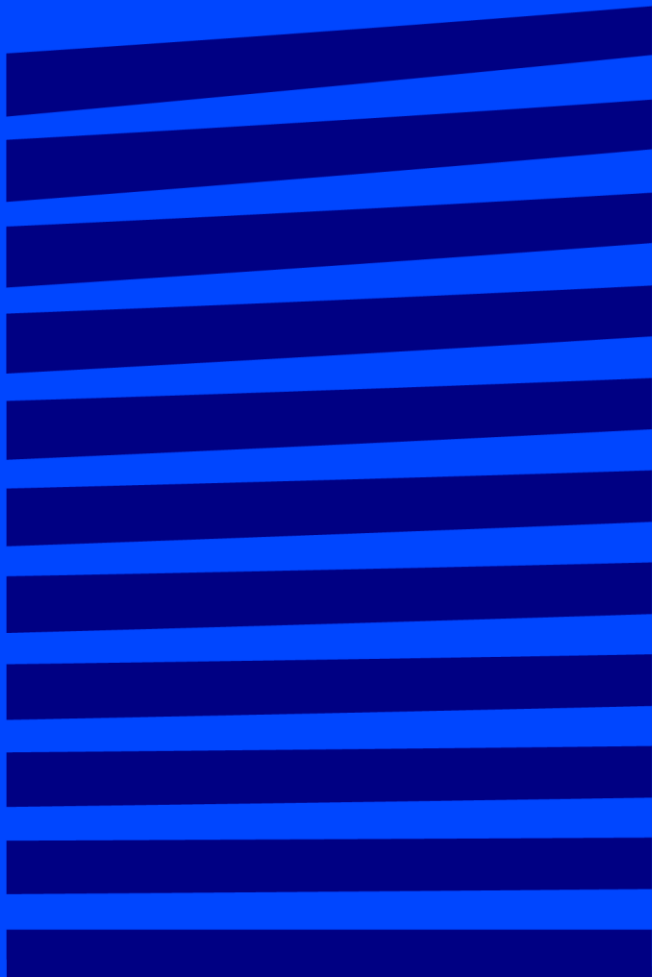


EUROPA HAT DIE WAHL

POLITISCHE LEITLINIEN FÜR DIE NÄCHSTE EUROPÄISCHE KOMMISSION 2024–2029

Ursula von der Leyen

*Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen
Kommission*



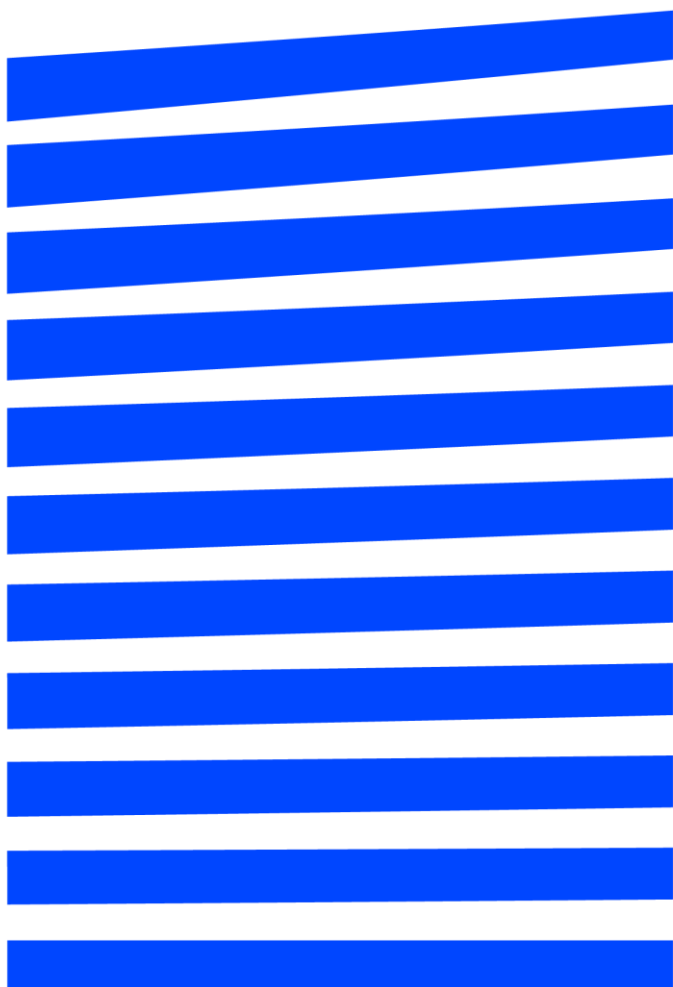


EUROPA HAT DIE WAHL

POLITISCHE LEITLINIEN FÜR DIE NÄCHSTE EUROPÄISCHE KOMMISSION 2024–2029

Ursula von der Leyen

*Kandidatin für das Amt der Präsidentin der Europäischen
Kommission*



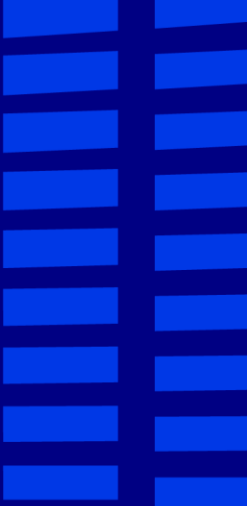


EUROPA HAT DIE WAHL

Der europaweite Wahlkampf vor den diesjährigen Europa-Wahlen hat noch einmal bewusst gemacht, was unsere Union ausmacht. Fast 500 Millionen Menschen mit derart verschiedenen Kulturen, komplexen Geschichten und unterschiedlichen Perspektiven gehen allesamt zur gleichen Zeit zur Urne, um ihre Wünsche für eine ganze Union aus 27 Ländern kundzutun. Mit ihrer Stimmabgabe tragen sie auch dazu bei, eine gemeinsame europäische Identität zu erschaffen – all dies verbunden durch ein reiches und vielfältiges kulturelles Gewebe. Das ist Europas größte Stärke. **Das macht Europa zu mehr als einem Konstrukt oder Projekt. Europa ist unser Zuhause: einzigartig in seiner Gestaltung und in Vielfalt geeint.**

Von der Rekordzahl der Erstwählerinnen und -wählern bis hin zu jenen, die bei jeder Europawahl abgestimmt haben, brachten die Menschen ihre Hoffnungen und Wünsche für eine gesündere und wohlhabendere Zukunft zum Ausdruck. Aber sie haben auch deutlich gemacht, dass wir in einer Zeit der Angst und der Unsicherheit leben. Die Europäerinnen und Europäer haben echte Zweifel und Sorgen angesichts der Instabilität und Ungewissheit, mit denen wir konfrontiert sind – angefangen bei den Lebenshaltungskosten, den Wohnkosten und den Geschäftskosten bis hin zum Umgang mit Fragen wie der Migration. Von unserer Sicherheit hierzulande bis hin zu den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten. Sie sorgen sich auch, dass Europa oft nicht schnell genug ist, dass es entweder zu weit weg oder allzu belastend ist.

Diese Sorgen und Erwartungen sind allesamt real und berechtigt und verlangen eine Antwort. Deswegen **ist es nach meiner Überzeugung essenziell, dass die demokratische Mitte in Europa hält.** Aber wenn diese Mitte halten soll, muss sie dem Ausmaß der Sorgen und Herausforderungen gerecht werden, mit denen die Menschen in ihrem Lebensalltag konfrontiert sind. Gelingt dies nicht, würde das nur Feindseligkeit und Polarisierung befeuern und einen fruchtbaren Boden für jene schaffen, die scheinbar einfache Lösungen anbieten, in Wirklichkeit aber nur unsere Gesellschaften destabilisieren wollen.



Das ist der Hintergrund, vor dem wir eine Zeit tiefgreifender Veränderungen erleben – für unsere Gesellschaft und für unsere Sicherheit, für unseren Planeten und für unsere Wirtschaft. Das Tempo dieser Veränderungen kann verunsichern und manch einer trauert um die Welt von gestern und sorgt sich zugleich um die Welt von morgen.

All dies hat – zusammen mit den Auswirkungen von Wahlen und Geschehnissen in einer konfliktreicheren Welt – zur Folge, dass Europa vor turbulenten und potenziell weltbewegenden Zeiten steht. Die Risiken sind real, die Verantwortung wiegt schwer.

Europa hat jetzt ganz klar die Wahl.

Die Wahl, sich der unsicheren Welt, die uns umgibt, allein zu stellen. Oder unsere Gesellschaften zu vereinen und sich gemeinsam auf unsere Werte zu besinnen.

Die Wahl, abhängig zu sein und zuzulassen, dass die Spaltungen uns schwächen. Oder mutige Ziele zu verfolgen und souverän zu handeln, in Zusammenarbeit mit unseren Partnern weltweit.

Die Wahl, die neuen Realitäten oder das Tempo des Wandels zu ignorieren. Oder die Welt und die Bedrohungen um uns herum mit klarem Blick so zu sehen, wie sie sind.

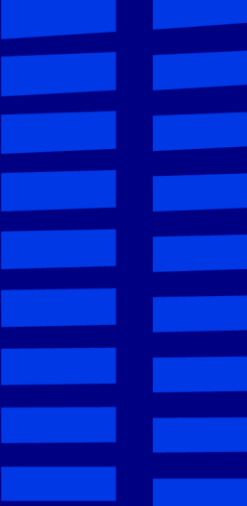
Die Wahl, den Extremisten und Beschwichtigern das Feld zu überlassen. Oder dafür zu sorgen, dass unsere demokratischen Kräfte stark bleiben.

Aus meiner Sicht können die größten Herausforderungen unserer Zeit – von der Sicherheit über den Klimawandel bis hin zur Wettbewerbsfähigkeit – nur bestanden werden, wenn wir gemeinsam handeln. **Unsere Bedrohungen sind zu groß, um allein bewältigt zu werden. Unsere Chancen sind zu groß, um allein ergriffen zu werden.**

Vor diesem Hintergrund, so glaube ich, muss Europa wählen, was am besten für es ist: die Union.

Dahinter steht die tiefe Überzeugung, dass nur Europa die generationenübergreifenden Herausforderungen in dieser instabilen Welt bewältigen kann – ob es darum geht, die Ukraine so lange zu unterstützen, wie es nötig ist, oder darum, unseren Planeten zu schützen, soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten, die Demokratie zu verteidigen, Existenzgrundlagen, Industrien und Landwirte zu unterstützen oder bei den technologischen Durchbrüchen, die die Welt für den Rest des Jahrhunderts prägen werden, voranzugehen.

In den letzten fünf Jahren hat Europa bewiesen, was es erreichen kann, wenn es zusammensteht. Wenn es schnell ist und seine Größe und Macht nutzt – wie bei der



Beschaffung von Impfstoffen für jeden Mitgliedstaat zur gleichen Zeit. Wenn es mutig und ehrgeizig ist – wie beim grünen und digitalen Wandel und bei unserem Aufbauplan NextGenerationEU. Wenn es zusammensteht – wie wir es bei der Unterstützung der Ukraine getan haben, für Freiheit und Demokratie in den dunkelsten und schwierigsten Stunden.

Jetzt muss Europa sich erneut gemeinsam stellen.

Das ist unsere gemeinsame Verantwortung gegenüber allen europäischen Wählerinnen und Wählern, aber auch gegenüber all jenen, die von Kyjiw über Chisinau bis nach Tiflis und im gesamten Westbalkan die Europaflagge tragen – und auch gegenüber jenen, die in den Städten überall in der Union und auf unserem Kontinent auf den Straßen eine europäische Zukunft fordern. Auf diese Zukunft müssen wir uns vorbereiten – indem wir alle Kandidaten auf ihrem leistungsorientierten Weg in unsere Union unterstützen und indem wir unsere Union mit entscheidenden Reformen zukunftsfähig machen.

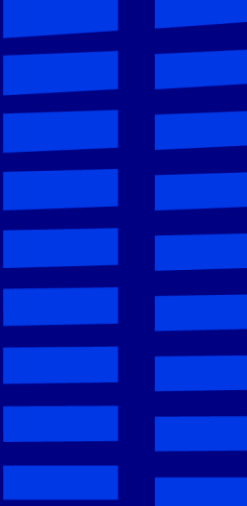
Die Union, die wir wählen, lässt sich nicht auf eine schlichte Frage nach mehr oder weniger Europa reduzieren. Für diese Zeiten **brauchen wir eine Union, die schneller und einfacher ist, fokussierter und geschlossener, und die die Menschen und Unternehmen stärker unterstützt.** Wir brauchen eine Union, die dort handelt, wo es einen Mehrwert bringt, und in der wir alle zusammen für ein klares Ziel und eine gemeinsame Aufgabe eintreten – die EU-Institutionen, die nationalen und regionalen Regierungen, die Privatwirtschaft, die Sozialpartner, die Bürgerinnen und Bürger und die Zivilgesellschaft.

In den letzten fünf Jahren haben wir gemeinsam eine Menge erreicht, vom europäischen Green Deal bis hin zu NextGenerationEU, dem Migrations- und Asylpaket und der Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte. **Wir müssen und werden bei all unseren Zielen auf Kurs bleiben, auch bei den Zielen des europäischen Green Deal.**

Unser Fokus muss jetzt darauf liegen, das Vereinbarte umzusetzen, wobei wir mit allen Interessenträgern eng zusammenarbeiten und uns auf die großen Herausforderungen konzentrieren müssen. Deshalb möchte ich eine gewisse Zahl von klar umrissenen gemeinsamen Zielen für 2030 und darüber hinaus festlegen, und zwar mit klaren Zielvorgaben und Ergebnissen für diese Schwerpunktbereiche:

Verteidigung und Sicherheit, nachhaltiger Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit, Führung in der Welt und greifbare Ergebnisse in Europa.

Die politischen Leitlinien sind unser Plan für europäische Stärke und Geschlossenheit. Die hier vorgestellten Prioritäten stützen sich auf meine



Konsultationen und die mit den demokratischen Kräften im Europäischen Parlament erörterten gemeinsamen Vorstellungen und auch auf die Strategische Agenda des Europäischen Rates für 2024-2029. Sie sind kein komplettes Arbeitsprogramm, sondern sollen als Kompass für unsere gemeinsame Arbeit dienen.

Die nächsten fünf Jahre werden den Platz Europas in der Welt für die nächsten fünf Jahrzehnte festlegen. Sie werden entscheiden, ob wir unsere Zukunft selbst gestalten oder ob wir zulassen, dass sie durch Ereignisse oder von anderen gestaltet wird.

In einer Welt der Widrigkeiten und der Unsicherheit muss Europa – davon bin ich überzeugt – die Wahl treffen, zusammenzuhalten. Und es muss wagen, groß zu denken und groß zu handeln. Um unserer Vergangenheit gerecht zu werden, um unsere Versprechen für die Gegenwart zu halten und um eine stärkere Union für die Zukunft zu bauen.

Das ist die treibende Kraft hinter diesen Leitlinien und all dem, woran ich in den nächsten fünf Jahren mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten möchte.

Ein neuer Plan für nachhaltigen Wohlstand und nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit in Europa

Europa ist seit jeher ein Kontinent der Industrie, der Unternehmen und der Innovation – es hat sich durch industrielle und technologische Revolutionen, den globalen Wettbewerb und sich verändernde Gesellschaften immer wieder neu erfunden.

Diese Stärke ist zum großen Teil unserer einzigartigen sozialen Marktwirtschaft zu verdanken, die Europa gegenüber seinen Wettbewerbern viele Vorteile verschafft.

Doch unsere Wettbewerbsfähigkeit wird immer noch durch allzu viele strukturelle Faktoren gebremst. Unsere Unternehmen operieren in einer turbulenten Welt, mit mehr unlauterem Wettbewerb, höheren Energiepreisen, Fach- und Arbeitskräftemangel sowie Schwierigkeiten beim Zugang zum dringend benötigten Kapital.

Wir haben selbst erlebt, wie gefährlich Abhängigkeiten oder wegbrechende Lieferketten sind – bei Medizinprodukten in der Pandemie bis hin zu Putins Erpressung mit Energie oder Chinas Monopol bei unentbehrlichen Rohstoffen für Batterien oder Chips.

Die Welt befindet sich in einem Wettlauf, der entscheiden wird, wer als Erster Klimaneutralität erreichen und die Technologien entwickeln wird, die die Weltwirtschaft in den kommenden Jahrzehnten prägen werden.

Europa kann es sich nicht leisten, in diesem Wettlauf zurückzufallen und seinen Wettbewerbsvorsprung zu verlieren, und es kann auch keine strategischen Schwächen zeigen.

Unsere Ausgangslage ist gut – von den massiven Investitionen in saubere und digitale Technologien im Rahmen von NextGenerationEU bis hin zu dem von den Staats- und Regierungsspitzen in Versailles vereinbarten Souveränitätskonzept.

Wir haben viele Trümpfe, die uns einen Wettbewerbsvorteil verschaffen – von unseren Forscherinnen und Forschern und Universitäten der Weltklasse bis hin zu florierenden Kleinunternehmen und einem stabilen Umfeld, das auf Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsgleichheit fußt.

Doch angesichts der Größe der Herausforderungen und Chancen müssen wir jetzt viel schneller und viel weiter vorangehen, um Wettbewerbsfähigkeit, Wohlstand und Gerechtigkeit sicherzustellen. Dafür werde ich auch auf den anstehenden Bericht von Mario Draghi über die Wettbewerbsfähigkeit heranziehen.

Wir brauchen eine neue Europäische Wohlstandsoffensive, um

- *unternehmerische Initiative zu erleichtern und unseren Binnenmarkt zu vertiefen*
- *einen „Clean Industrial Deal“ für die Dekarbonisierung der Wirtschaft und für niedrigere Energiepreise auf die Beine zu stellen*
- *Forschung und Innovation in unserer Wirtschaft in den Mittelpunkt zu stellen*
- *die Produktivität durch die Verbreitung digitaler Technologien anzuschieben*
- *massiv in unsere nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit zu investieren*
- *den Fach- und Arbeitskräftemangel zu beheben*

Unternehmerische Initiative erleichtern

Der europäische Binnenmarkt ist für unsere Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung. Er ermöglicht den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen, sorgt für offene Märkte und erleichtert den Menschen, Unternehmen und Investoren das Leben.

Aber er könnte noch so viel mehr leisten. Wir brauchen **neuen Schwung für die Vollendung des Binnenmarkts** in Bereichen wie Dienstleistungen, Energie, Verteidigung, Finanzen, elektronische Kommunikation und Digitales. Dies gibt unseren Unternehmen – insbesondere den kleinen und mittleren (KMU) – die Möglichkeit, zu expandieren und den Markt optimal zu nutzen.

Ich meine, wir brauchen **einen neuen Ansatz in der Wettbewerbspolitik**, der besser auf unsere gemeinsamen Ziele abgestimmt und förderlicher für Unternehmen ist, die auf globalen Märkten expandieren – stets unter Wahrung der Wettbewerbsgleichheit. Dies sollte sich in der Art und Weise niederschlagen, wie wir Fusionen beurteilen, damit Innovation und Resilienz in vollem Umfang berücksichtigt werden.

Wir werden sicherstellen, dass die Wettbewerbspolitik mit den sich wandelnden globalen Märkten Schritt hält und verhindert, dass Marktkonzentrationen zu höheren Preisen oder schlechterer Qualität von Waren oder Dienstleistungen für Verbraucherinnen und Verbraucher führen.

Die 24 Millionen europäischen KMU schaffen Arbeitsplätze von hoher Qualität, die in lokalen Gemeinschaften verankert sind. Aber sie sehen sich ebenso wie größere Unternehmen immer noch mit allzu vielen Komplexitäten konfrontiert.

Wir müssen unternehmerische Tätigkeit in Europa einfacher und schneller machen.

Bei allem, was wir tun, werde ich Tempo, Kohärenz und Vereinfachung zu zentralen politischen Prioritäten erheben.

Jedes Kommissionsmitglied wird den Auftrag erhalten, sich auf Bürokratieabbau und einfachere Umsetzung zu konzentrieren: weniger Verwaltungsaufwand und Berichterstattung, mehr Vertrauen, bessere Durchsetzung, schnellere Genehmigungen.

Sie werden regelmäßig **Umsetzungsdialoge** mit Interessenträgern führen, bei denen besprochen wird, wie sich die Umsetzung am besten mit den praktischen Gegebenheiten vor Ort in Einklang bringen lässt.

Sie werden in Zusammenarbeit mit einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten für Umsetzung, Vereinfachung und interinstitutionelle Beziehungen den **gesamten EU-Besitzstand einem Stresstest zu unterziehen**.

Auf dieser Grundlage werden wir Vorschläge zur **Vereinfachung, Konsolidierung und Kodifizierung der Rechtsvorschriften** vorlegen, damit Überschneidungen und Widersprüchlichkeiten unter Aufrechterhaltung hoher Standards beseitigt werden.

Wir werden uns auch den Flickenteppich aus nationalen Rechtsvorschriften vornehmen, der eine unternehmerische Tätigkeit in mehreren EU-Ländern gleichzeitig erschwert. Wir werden es Innovatoren leichter machen, erfolgreich zu sein, indem wir die Kosten eines Scheiterns senken.

Hierzu werde ich einen neuen EU-weiten Rechtsstatus vorschlagen, um **innovative Unternehmen beim Wachstum zu unterstützen**. Dies geschieht in Form einer sogenannten „28. Regelung“, die den Unternehmen die Möglichkeit gibt, in bestimmten Bereichen ein einfacheres, harmonisiertes Regelwerk zu nutzen.

Auch müssen wir Unternehmen besser unterstützen, die von ihrer Größe und

finanziellen Leistungsfähigkeit her nicht mit Großunternehmen vergleichbar sind. Sie werden oft von ausländischen Unternehmen für „feindliche Übernahmen“ ins Visier genommen, um sie so als möglichen künftigen Wettbewerber auszuschalten.

Wir werden eine **neue Kategorie für kleine Midcap-Unternehmen** einführen und prüfen, wo die für Großunternehmen geltenden Vorschriften zu belastend, unverhältnismäßig oder für die Wettbewerbsentwicklung hinderlich sind.

Auch künftige Rechtsvorschriften müssen vereinfacht und mit Blick auf kleine Unternehmen und im Geiste der Subsidiarität gestaltet werden. Hierzu wird insbesondere ein **neuer KMU- und Wettbewerbs-Check** eingeführt, damit unnötige Bürokratielasten vermieden und zugleich hohe Standards aufrechterhalten werden.

Aber bessere Rechtsetzung muss eine gemeinsame Aufgabe sein – an der alle Institutionen beteiligt werden und der das gesamte Gesetzgebungsverfahren betrifft – vom Vorschlag über Änderungen bis hin zur Annahme.

In diesem Sinne werde ich vorschlagen, die **Interinstitutionelle Vereinbarung über Vereinfachung und bessere Rechtsetzung** zu erneuern, damit jedes Organ auf dieselbe Art und Weise prüfen kann, wie sich seine Änderungen auswirken und was sie kosten.

Um sicherzustellen, dass wir die anschließende **Durchsetzung und Umsetzung** gemeinsam im Blick behalten, werde ich außerdem jedes Kommissionsmitglied auffordern, alljährlich einen Fortschrittsbericht für den betreffenden Ausschuss des Europäischen Parlaments und für die betreffende Ratsformation auszuarbeiten.

Ein Clean Deal für die Industrie

Wir haben historische Fortschritte bei der Festlegung unserer Klimaambitionen erzielt und gezeigt, dass wir unsere Emissionen erfolgreich senken und gleichzeitig unsere Wirtschaft wachsen lassen können.

Wir müssen und werden Kurs auf die Ziele halten, die wir im europäischen Green Deal festgelegt haben.

Die Klimakrise beschleunigt sich. Und es ist dringend notwendig, unsere Wirtschaft gleichzeitig zu dekarbonisieren und zu industrialisieren.

Wir müssen uns auf die **Umsetzung des bestehenden Rechtsrahmens für 2030** konzentrieren – möglichst einfach, fair und kosteneffizient.

Wir brauchen in den ersten 100 Tagen des Mandats **einen neuen Deal für eine saubere Industrie**, um für eine wettbewerbsfähige Industrie und hochwertige Arbeitsplätze zu sorgen.

Unser ganzes Augenmerk wird auf der Unterstützung und Schaffung der richtigen Bedingungen liegen, damit die Unternehmen unsere gemeinsamen Ziele erreichen können. Das impliziert Vereinfachungen und Investitionen sowie die Sicherstellung des Zugangs zu einer kostengünstigen, nachhaltigen und sicheren Versorgung mit Energie und Rohstoffen.

Dies wird den Weg zur Erreichung des **Emissionsreduktionsziels** von 90 % **bis 2040** ebnen, das wir in unserem **Europäischen Klimagesetz** verankern wollen. Bei jeder Etappe werden wir mit der Industrie, den Sozialpartnern und allen Interessenträgern zusammenarbeiten.

Wir werden einen **Rechtsakt zur beschleunigten Dekarbonisierung der Industrie** vorlegen, um Industrie und Unternehmen beim Übergang zu unterstützen.

So werden Investitionen in Infrastruktur und Industrie, insbesondere in energieintensiven Sektoren, kanalisiert. Der Rechtsakt wird den europäischen Leitmarkt für die Entwicklung, Herstellung und Verbreitung sauberer Technologien in der Industrie fördern. Er wird auch dazu beitragen, die entsprechenden Planungs-, Ausschreibungs- und Genehmigungsverfahren zu beschleunigen.

Wir müssen die Energierechnungen von Unternehmen und Haushalten senken.

Dank europäischer Maßnahmen haben die erneuerbaren Energien mit einem Anteil von 50 % an der Stromerzeugung in der EU im vergangenen Jahr einen Rekordwert erreicht. Die Abhängigkeit von fossilem Gas aus Russland wurde erheblich verringert, und Energieeinsparungen führten zu einem Rückgang des Gesamtverbrauchs.

Wir stehen jedoch noch immer vor zahlreichen Herausforderungen. Unser Energiemarkt muss besser funktionieren, damit die Preise sinken und dafür gesorgt wird, dass die Verbraucher von den niedrigeren Erzeugungskosten für saubere Energie profitieren.

Wir werden die Energiepreise weiter senken, indem wir uns weiter von fossilen Brennstoffen unabhängig machen, die gemeinsame Beschaffung von Brennstoffen verstärken und das für eine echte **Energieunion** erforderliche Steuerungssystem entwickeln.

Wir werden Investitionen in Infrastrukturen und Technologien für saubere Energie ausweiten und priorisieren.

Dazu gehören Technologien für erneuerbare und für CO₂-arme Energie, die Netzinfrastuktur, Speicherkapazitäten und die Transportinfrastruktur für abgeschiedenes CO₂. Wir werden auch in Energieeffizienzmaßnahmen, die Digitalisierung unseres Energiesystems und den Aufbau eines Wasserstoffnetzes investieren.

Darüber hinaus müssen wir die Macht und Größe unseres Marktes nutzen, um die Versorgung zu sichern. Aus diesem Grund werde ich vorschlagen, unseren **Mechanismus für die Nachfragebündelung** zu aktivieren und auszuweiten, um über Gas hinaus auch Wasserstoff und kritische Rohstoffe einzubeziehen.

Wir werden an neuen **Partnerschaften für sauberen Handel und saubere Investitionen** arbeiten, um die Versorgung mit Rohstoffen, sauberer Energie und sauberen Technologien aus der ganzen Welt zu sichern.

Ich möchte, dass wir mit gutem Beispiel vorangehen und Europa bei internationalen Klimaverhandlungen weiterhin führend bleibt und dabei auf den jüngsten EU-Initiativen zu globalen Themen wie Methan, CO₂-Bepreisung und globalen Zielen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz aufbaut.

Wir werden unsere **globale Klima- und Energievision** im Vorfeld der COP 30 in Brasilien im Jahr 2025 darlegen. Wir werden außerdem unsere **grüne Diplomatie** intensivieren und enger mit Nicht-EU-Staaten in Bezug auf externe Aspekte unserer Politik zusammenarbeiten.

Um unsere Klimaziele zu erreichen, müssen wir den Menschen auch den Übergang zu nachhaltigeren Optionen erleichtern. Dies gilt insbesondere für die Mobilität. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind grenzüberschreitende Bahnreisen jedoch nach wie vor zu kompliziert. Die Menschen sollten offene Buchungssysteme nutzen können, um transeuropäische Reisen bei mehreren Dienstleistern erwerben zu können, ohne ihren Anspruch auf Erstattung oder Ersatzreisen zu verlieren.

Zu diesem Zweck werden wir eine **Verordnung über einheitliche digitale Buchungs- und Ticketdienste** vorschlagen, um sicherzustellen, dass Europäerinnen und

Europäer ein einziges Ticket auf einer einzigen Plattform kaufen und ihre Fahrgastrechte für die gesamte Reise wahrnehmen können.

Um bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, wird ein breites Spektrum an innovativen Technologien benötigt, in Bereichen von Mobilität bis Energie. So bietet das Klimaneutralitätsziel für 2035 für Personenkraftwagen den Investoren und Herstellern Vorhersehbarkeit. Auf diesem Weg ist ein **technologieneutraler Ansatz** erforderlich, bei dem E-Fuels eine Rolle spielen werden, indem die Vorschriften im Rahmen der geplanten Überprüfung gezielt geändert werden.

Eine stärker kreislaforientierte und widerstandsfähigere Wirtschaft

Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft wird Teil unseres kontinuierlichen Übergangs zu nachhaltigeren Produktions- und Verbrauchsmustern sein, um den Wert der Ressourcen in unserer Wirtschaft länger zu erhalten.

Dies wird das Ziel eines neuen **Rechtsakts über die Kreislaufwirtschaft** sein, der dazu beiträgt, die Marktnachfrage nach Sekundärrohstoffen und einen Binnenmarkt für Abfälle, insbesondere mit Blick auf kritische Rohstoffe, zu schaffen.

Wir werden ein neues **Paket für die chemische Industrie** vorlegen, das darauf abzielt, REACH zu vereinfachen und Klarheit in Bezug auf „ewige Chemikalien“ oder PFAS zu schaffen.

Wir müssen unsere Wirtschaft widerstandsfähiger und unabhängiger machen.

Dies ist insbesondere im **Gesundheits- und im Arzneimittelsektor** von Bedeutung. Die EU ist mit schwerwiegenden Engpässen bei Medizinprodukten und Arzneimitteln

konfrontiert, wobei Antibiotika, Insulin, Schmerzmittel und andere Produkte besonders schwer erhältlich sind.

Um hier Abhilfe zu schaffen, werden wir einen **Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln** vorschlagen, um die Abhängigkeiten bei kritischen Arzneimitteln und Inhaltsstoffen zu verringern, insbesondere bei Produkten, bei denen es nur wenige Herstellerunternehmen oder -länder gibt.

Dies wird im Rahmen unserer Arbeiten an der Vervollständigung der **Europäischen Gesundheitsunion** durch diversifizierte Lieferketten, Zugang zu den fortschrittlichsten Behandlungen, widerstandsfähigere Gesundheitssysteme und strategische Inventare wichtiger Arzneimittel geschehen. Wir müssen unsere Arbeit im Bereich der Antibiotikaresistenz fortsetzen.

Darüber hinaus werden wir unsere Arbeit in den Bereichen **Gesundheitsvorsorge** – insbesondere in Bezug auf die psychische Gesundheit, auch am Arbeitsplatz, und Herz-Kreislauf-Erkrankungen – sowie an der Behandlung degenerativer Erkrankungen und der Erforschung von Autismus intensivieren. Dies wird auf dem erfolgreichen Vorbild des Plans zur Krebsbekämpfung aufbauen.

Wir müssen auch mehr tun, um die Sicherheit unserer Gesundheitssysteme zu schützen, die zunehmend Ziel von Cyber- und Ransomware-Angriffen sind. Um die Erkennung von Bedrohungen, die Abwehrbereitschaft und die Krisenreaktion zu verbessern, werde ich in den ersten 100 Tagen des Mandats einen europäischen **Aktionsplan für die Cybersicherheit von Krankenhäusern und Gesundheitsdienstleistern** vorschlagen.

Steigerung der Produktivität durch Verbreitung digitaler Technologien

Europas Wettbewerbsfähigkeit wird durch seine geringere Produktivität im Vergleich zu seinen unmittelbaren globalen Wettbewerbern beeinträchtigt. Entscheidend ist hierbei die unzureichende Verbreitung digitaler Technologien, was sich auf unsere Fähigkeit auswirkt, Technologien für die Entwicklung neuer Dienstleistungen und Geschäftsmodelle zu nutzen.

Zunächst werden wir uns auf die Umsetzung und Durchsetzung der in der letzten Mandatsperiode verabschiedeten Digitalgesetze konzentrieren. Technologieriesen müssen Verantwortung für ihre enorme systemische Macht in unserer Gesellschaft und Wirtschaft übernehmen. Wir haben mit der aktiven Durchsetzung des Gesetzes über digitale Dienste und des Gesetzes über digitale Märkte begonnen. Wir werden nun **unsere Durchsetzung** in der kommenden Mandatsperiode **deutlich intensivieren**.

Wir werden dies dadurch flankieren, dass wir die Herausforderungen mit **Plattformen für den elektronischen Geschäftsverkehr** angehen, um sicherzustellen, dass Verbraucher und Unternehmen auf der Grundlage wirksamer Zoll-, Steuer- und Sicherheitskontrollen und Nachhaltigkeitsstandards von gleichen Wettbewerbsbedingungen profitieren.

Die Verwirklichung unserer digitalen Ziele – und der Aufbau eines echten digitalen Binnenmarkts – wäre ein Wendepunkt für unsere Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit.

Wir werden unsere Investitionen in die nächste Generation von Pioniertechnologien, insbesondere Hochleistungsrechnen, Halbleiter, das Internet der Dinge, Genomik, Quanteninformatik, Weltraumtechnologie und darüber hinaus, verstärken.

Durch unsere **Künstliche Intelligenz (KI)** ist Europa bereits führend, wenn es darum geht, KI sicherer und vertrauenswürdiger zu machen und die Risiken, die sich aus ihrem Missbrauch ergeben, einzudämmen.

Wir müssen nun unsere Anstrengungen konzentrieren, um weltweit führend im Bereich der KI-Innovation zu werden.

In den ersten 100 Tagen werden wir mithilfe einer **Initiative für KI-Fabriken** den Zugang von KI-Start-ups und der Industrie zu neuen, maßgeschneiderten Hochleistungsrechenkapazitäten sicherstellen.

Darüber hinaus werden wir gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, der Industrie und der Zivilgesellschaft eine **Strategie „KI anwenden“** entwickeln, um neue industrielle Anwendungen von KI zu fördern und die Erbringung einer Vielzahl öffentlicher Dienstleistungen wie der Gesundheitsversorgung zu verbessern.

In diesem Sinne werde ich vorschlagen, einen **Europäischen KI-Forschungsrat** einzurichten, in dem wir alle unsere Ressourcen bündeln können, ähnlich wie beim CERN.

Um die Entwicklung von KI und anderen Spitzentechnologien zu fördern, **muss Europa das ungenutzte Potenzial von Daten ausschöpfen**.

Der Zugang zu Daten ist nicht nur ein wichtiger Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit – auf den fast 4 % des BIP der EU entfallen –, sondern er ist auch für Produktivität und gesellschaftliche Innovationen – von der personalisierten Medizin bis hin zu Energieeinsparungen – von entscheidender Bedeutung.

Zu viele Unternehmen in Europa haben jedoch Schwierigkeiten, Zugang zu den von ihnen benötigten Daten zu erhalten – während große ausländische Technologieunternehmen europäische Daten

nutzen, um ihre Geschäftstätigkeit anzukurbeln.

Unter Gewährleistung hoher Datenschutzstandards werden wir Unternehmen unterstützen, indem wir den offenen Zugang zu Daten verbessern, insbesondere um KMU bei der Erfüllung der Berichtspflichten zu helfen.

Europa braucht eine Datenrevolution.

Deshalb werden wir eine **Strategie für die Europäische Datenunion** vorlegen. Diese wird sich auf bestehende Datenvorschriften stützen, um einen vereinfachten, klaren und kohärenten Rechtsrahmen für Unternehmen und Verwaltungen zu gewährleisten, damit sie Daten nahtlos und in großem Maßstab austauschen können, während zugleich hohe Datenschutz- und Sicherheitsstandards eingehalten werden.

Forschung und Innovation ins Zentrum unserer Wirtschaft stellen

Die Wettbewerbsfähigkeit Europas – und seine Position im Wettlauf um eine saubere und digitale Wirtschaft – wird davon abhängen, ob ein neues Zeitalter des Erfindungsreichtums anbricht. Dafür müssen Forschung und Innovation, Wissenschaft und Technologie in den Mittelpunkt unserer Wirtschaft gestellt werden.

Wir werden **unsere Forschungsausgaben erhöhen**, um uns stärker auf strategische Prioritäten, bahnbrechende Grundlagenforschung und disruptive Innovation sowie auf wissenschaftliche Exzellenz zu konzentrieren.

Zu diesem Zweck werden wir den Europäischen Forschungsrat und den Europäischen Innovationsrat erweitern.

Europa muss auch eine Spitzenposition im Bereich aufstrebende Wissenschaften, Technologie und Industrie einnehmen; eine

solche Verknüpfung wird dafür sorgen, dass diese technologische Revolution schneller und tiefgreifender verläuft.

Ich möchte, dass Europa die Biotechnologie-Revolution optimal nutzt. Biotechnologien können, unterstützt durch KI und digitale Werkzeuge, dazu beitragen, große Teile unserer Wirtschaft – von der Land- und Forstwirtschaft bis hin zu Energiewirtschaft und Gesundheitswesen – zu modernisieren.

Um der Biotechnologie den Weg vom Labor in die Fabrik und dann auf den Markt zu erleichtern, werden wir 2025 einen neuen europäischen **Biotech-Rechtsakt** vorschlagen.

Dieser wird Teil einer breiter angelegten **Strategie für europäische Biowissenschaften** sein, in der untersucht werden soll, wie wir unseren ökologischen und digitalen Wandel fördern und hochwertige Technologien entwickeln können.

Um eine Führungsrolle bei der Innovation zu übernehmen, müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Forschende Erfolg haben können. Dies bedeutet, dass die Infrastruktur und die innovativen Labors bereitgestellt werden müssen, die sie benötigen, um Ideen im Rahmen **neuer öffentlich-privater Partnerschaften**, wie z. B. gemeinsamer Unternehmen, zu testen und weiterzuentwickeln.

Dabei geht es auch darum, neue Talente anzuziehen und die besten und klügsten Köpfe hier in Europa zu halten. Zu diesem Zweck möchte ich die Zusammenarbeit zwischen Forschungsabteilungen, Hochschulen und Unternehmen intensivieren – insbesondere durch die Stärkung unserer **Hochschulallianzen**.

Turboantrieb für Investitionen

Diese Kommission wird eine Kommission der Investitionen sein.

Wir müssen die für den ökologischen, digitalen und sozialen Wandel erforderlichen Finanzmittel erschließen. In enger Zusammenarbeit mit der **Europäischen Investitionsbank** werden wir öffentliche Investitionen maximieren und für privates Kapital eine Hebelwirkung und Risikominderung erreichen.

Der Investitionsbedarf kann nicht von der öffentlichen Hand allein gestemmt werden. Eine vollendete Kapitalmarktunion könnte zusätzliche Investitionen in Höhe von 470 Mrd. EUR pro Jahr anziehen.

Wir brauchen ehrgeizigere Maßnahmen gegen den Mangel an privatem Kapital und unsere immer noch zu flachen Märkte.

Innovative europäische Unternehmen und Start-ups sollten nicht gezwungen sein, sich zur Finanzierung ihrer Expansion den Vereinigten Staaten, Asien oder anderen Märkten zuzuwenden. Vielmehr sollten sie das, was sie benötigen, um zu wachsen, hier in Europa finden können.

Deshalb werden wir **risikoabsorbierende Maßnahmen** vorschlagen, die es Geschäftsbanken, Investoren und Risikokapitalgebern erleichtern, schnell wachsende Unternehmen zu finanzieren.

Um Kapital freizusetzen und faire Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten, werden wir unseren Regelungsrahmen überprüfen und Schranken beseitigen, die verhindern, dass mehr europäisches Kapital für die Innovationsfinanzierung zur Verfügung steht.

Wir werden die Fragmentierung unserer Finanzmärkte in der EU angehen, aus denen jedes Jahr Ersparnisse europäischer Familien in Höhe von 300 Mrd. EUR in ausländische Märkte abfließen.

Dazu werden wir den Vorschlag im Bericht von Enrico Letta weiterentwickeln und eine **Europäische Spar- und Investitionsunion** für Banken und Kapitalmärkte vorschlagen. Für das enorme Vermögen in Form privater Ersparnisse in Europa kann so eine Hebelwirkung entstehen für Investitionen in Innovation sowie den sauberen und den digitalen Wandel.

Über private Ersparnisse aus Europa hinaus sind unsere derzeitigen Finanzinstrumente am Kapitalmarkt wichtig, um Ersparnisse aus der ganzen Welt anzuziehen – der Name der EU ist ein sehr sicherer Vermögenswert mit attraktiven Renditen.

Wir müssen auch das öffentliche Beschaffungswesen besser nutzen – es macht 14 % des BIP der EU aus.

Durch einen Effizienzgewinn von 1 % bei der öffentlichen Auftragsvergabe könnten jährlich 20 Mrd. EUR eingespart werden. Das Beschaffungswesen gehört zu den wichtigsten Hebeln, um innovative Waren und Dienstleistungen zu entwickeln und Leitmärkte für saubere und strategische Technologien zu schaffen.

Ich werde eine **Überarbeitung der Richtlinie über die Vergabe öffentlicher Aufträge** vorschlagen. So wird es möglich sein, europäischen Produkten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in bestimmten strategischen Sektoren den Vorzug zu geben. Dies wird neben Versorgungssicherheit in Bezug auf wesentliche Technologien, Produkte und Dienstleistungen einen EU-Mehrwert für unsere Bürgerinnen und Bürger gewährleisten. Ferner werden unsere Vorschriften für die Vergabe öffentlicher Aufträge so modernisiert und vereinfacht, insbesondere mit Blick auf Start-ups und Innovatoren.

Im Bereich der öffentlichen Finanzierung und Investitionen wird es oberste Priorität sein, dafür zu sorgen, dass die über NextGenerationEU und aus dem laufenden

Haushalt verfügbaren Mittel verwendet werden.

Mit Blick auf die Zukunft muss der Clean Deal für die Industrie uns in die Lage versetzen, gemeinsam mehr in saubere und strategische Technologien und in energieintensive Industriezweige zu investieren. Die Zukunft der sauberen und hochmodernen Technologieindustrie muss in Europa geschaffen werden.

Deshalb werde ich – als Teil unseres Vorschlags für einen neuen und aufgestockten Haushalt im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen – einen neuen **Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit** anregen.

Er soll investieren in strategische Technologien in allen Bereichen von KI bis hin zu Weltraum, von sauberer Technologie bis hin zu Biotechnologie, damit wir hier in Europa strategische Technologien entwickeln und herstellen. Und er wird dafür sorgen, dass wir die Macht unseres Haushalts nutzen, um eine Hebelwirkung und Risikominderung für private Investitionen in unsere gemeinsamen Ziele zu schaffen.

Der Europäische Fonds für Wettbewerbsfähigkeit wird **wichtige Vorhaben von gemeinsamem Interesse** fördern, damit Europa seine kollektive Stärke einsetzen kann, um zusammen in ehrgeizige gemeinsame Projekte zu investieren – wie in kleinerem Maßstab in den Bereichen Batterien, Wasserstoff und Mikroelektronik bereits geschehen.

Ich werde dafür sorgen, dass solche **wichtigen Vorhaben von gemeinsamem Interesse einfacher gestaltet und schneller** finanziert und auf den Weg gebracht werden. Die ersten Vorschläge für neue gemeinsame Vorhaben sind für Anfang 2025 geplant.

Den Fachkräftemangel überwinden

Europa braucht in Bezug auf Kompetenzen und Arbeitskräfte einen Quantensprung – weit mehr und ambitioniertere Maßnahmen auf allen Qualifikationsebenen und für alle Arten der allgemeinen und beruflichen Bildung. Das ist gleichermaßen wichtig für die berufliche Laufbahn und die beruflichen Aussichten der Menschen wie für unsere Wettbewerbsfähigkeit.

Wir werden dazu eine **Union der Kompetenzen** schaffen, die sich auf Investitionen, Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen, den Erhalt von Kompetenzen und die Anerkennung verschiedener Bildungswege konzentriert, damit die Menschen überall in der Union arbeiten können.

Zentral sind hier die **Einbettung des lebenslangen Lernens in Bildung und Beruf** sowie die Förderung der Lehrerbildung und der Berufsaussichten von Lehrern.

Wir werden uns auf die Verbesserung der Grundkompetenzen konzentrieren und einen **Strategieplan für die Bildung in MINT-Fächern** vorschlagen. Das ist erforderlich, um dem besorgniserregenden Leistungsrückgang auf Gebieten im Zusammenhang mit Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik sowie dem Mangel an qualifizierten entsprechenden Lehrkräften entgegenzuwirken. Ziel des Plans ist es auch, mehr Mädchen und Frauen in MINT-Ausbildungen und -Berufe zu bringen.

Ferner muss der beruflichen Aus- und Weiterbildung der Stellenwert eingeräumt werden, der ihr gebührt. Sie bereitet die Menschen auf das Arbeitsleben vor und vermittelt ihnen die Kompetenzen, nach denen Unternehmen suchen. Aus diesem Grund werde ich eine **Europäische Strategie für die berufliche Aus- und Weiterbildung**

vorschlagen, besonders um mehr Menschen einen sekundären Aus- und Weiterbildungsabschluss zu ermöglichen.

In einer schnelllebigen Wirtschaft müssen wir besser auf die Bedürfnisse unserer Unternehmen eingehen. Wir werden die **Finanzierung von Kompetenzen** im EU-Haushalt **verstärken und neu ausrichten**, um sie besser mit dem Arbeitsmarkt zu verknüpfen und stärker in Sektoren zu lenken, die für den grünen und den digitalen Wandel von entscheidender Bedeutung sind.

Wir müssen sicherstellen, dass wir alle hochwertigen Kompetenzen nutzbringend einsetzen, unabhängig davon, wo und wie sie erworben wurden. Deshalb werden wir weiter auf einen europäischen Abschluss hinarbeiten und eine **Initiative für die Portabilität von Kompetenzen** vorschlagen, damit in einem Land erworbene Kompetenzen nicht nur in diesem Land, sondern darüber hinaus anerkannt werden.

Eine neue Ära für die europäische Verteidigung und Sicherheit

„Der Friede der Welt kann nicht gewahrt werden ohne schöpferische Anstrengungen, die der Größe der Bedrohung entsprechen.“

Der erste Satz der Schuman-Erklärung fängt ein, welchen Prozess Europa durchlaufen hat. Er ruft unsere Vergangenheit wach – Europa war zerrissen durch Krieg, Teilung und einige der schlimmsten Konflikte, die die Welt je gesehen hat.

Der Frieden in Europa war nie selbstverständlich. Sollten noch Illusionen bestanden haben, wurden sie durch Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine zunichtegemacht.

Die widerwärtigen, erbarmungslosen Angriffe auf Kinderkrankenhäuser, Energieinfrastruktur und andere zivile Ziele zeigen, wie weit Putins Russland zu gehen bereit ist.

Die Ukraine kämpft für ein freies und demokratisches Europa und die europäischen Werte. Unsere gemeinsame Entschlossenheit muss so stark sein, wie die Herausforderung groß ist.

Die beste Investition in die europäische Sicherheit ist die Investition in die Sicherheit der Ukraine. Der finanzielle, politische und militärische Beistand Europas muss so lange weitergehen, wie es nötig ist.

Wir werden alle uns zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, auch die Europäische Friedensfazilität, und mittels der Ukraine-Fazilität überall ansetzen, von den unmittelbaren Bedürfnissen bis hin zu künftigen Anstrengungen für den **Wiederaufbau**.

Die letzten paar Jahre haben uns brutal in Erinnerung gerufen, wie zerbrechlich Frieden ist, sie waren aber gleichzeitig ein Weckruf

für Europa, sich selbst die Mittel zu geben, um sich zu verteidigen und zu schützen und potenzielle Gegner abzuschrecken. Das ist umso wichtiger, als die Welt um uns herum von größerer Spaltung und Unsicherheit geprägt ist und Europa nichts mehr als selbstverständlich betrachten kann.

Wir werden uns alle Politikbereiche aus dem Blickwinkel der Sicherheit anschauen. Wir werden uns auf Szenarien vorbereiten, die hoffentlich niemals eintreten – denn wir können nicht das Risiko eingehen, uns schlecht vorbereitet zu haben oder zu stark von anderen abzuhängen.

Die Europäische Verteidigungsunion zum Leben erwecken

Die letzten paar Jahre haben klar gezeigt, dass wir lange zu wenig in unsere militärischen Fähigkeiten investiert haben und Mittel nicht effizient eingesetzt wurden.

Um das zu veranschaulichen: Die kombinierten Verteidigungsausgaben der EU sind von 1999 bis 2021 um 20 % gestiegen. Im selben Zeitraum haben sich die Rüstungsausgaben Russlands um fast 300 % und die Chinas um fast 600 % erhöht. Gleichzeitig sind unsere Ausgaben zu wenig abgestimmt, uneinheitlich und nicht europäisch genug. Das müssen wir ändern.

Unsere Arbeit in den nächsten fünf Jahren wird sich auf den Aufbau einer echten **Europäischen Verteidigungsunion** konzentrieren.

Die Mitgliedstaaten werden immer die Verantwortung für ihre eigenen Truppen behalten – von der Doktrin bis hin zum Einsatz. Aber Europa kann viel tun, um die Anstrengungen zur Stärkung der industriellen

Basis der Verteidigung, der Innovation und des Binnenmarkts zu unterstützen und zu koordinieren.

Daher werde ich ein **Kommissionsmitglied für Verteidigung** ernennen, das zu dieser Koordinierung beitragen soll und im Einklang mit dem Vertrag eng mit dem Hohen Vertreter/Vizepräsidenten zusammenarbeiten wird.

Als Rahmen für den neuen Ansatz – und um unseren Investitionsbedarf zu ermitteln – werden wir in den ersten 100 Tagen des Mandats gemeinsam ein **Weißbuch zur Zukunft der europäischen Verteidigung** vorlegen.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit wird der Ausbau der Partnerschaft zwischen der EU und der NATO stehen. Wir werden unsere Zusammenarbeit mit der NATO künftig noch ausweiten, um alle Bedrohungen abzudecken, einschließlich neuer Gefahren in den Bereichen Cybersicherheit, Hybridangriffe oder Weltraum, und unsere transatlantische Partnerschaft stärken.

In einer Ära der Aufrüstung ist es oberste Priorität, die Investitionen deutlich zu erhöhen.

Zwar wurden Fortschritte erzielt, doch werden Verteidigungsetats nach wie vor überwiegend auf nationaler Ebene ausgegeben. Nur ein Bruchteil der Rüstungsausgaben in Europa fließen in die gemeinsame Beschaffung auf EU-Ebene. Und die Mitgliedstaaten kaufen Verteidigungsgüter weiterhin überwiegend in Ländern außerhalb Europas ein.

Wir brauchen höhere Ausgaben, bessere Ausgaben, gemeinsame Ausgaben.

Zuallererst müssen dringend die nationalen Streitkräfte – nach den Plänen der Mitgliedstaaten – wieder aufgebaut, vergrößert und umgestaltet werden.

Wir werden den **Europäischen Verteidigungsfonds aufbauen**, der in

hochentwickelte Verteidigungsfähigkeiten in kritischen Bereichen wie See-, Boden- und Luftkampf sowie weltraumgestützte Frühwarnung und Cyberabwehr investiert.

Die zweite Aufgabe besteht darin, mehr in unsere Verteidigungsindustrie zu investieren. Über den **Ausbau des Programms für die europäische Verteidigungsindustrie** werden wir Anreize setzen dafür, die besonders kritischen Lücken bei unseren militärischen Fähigkeiten über gemeinsame Beschaffung zu schließen.

Wir werden einen echten **Binnenmarkt für Verteidigungsgüter** und -dienstleistungen schaffen, die Produktionskapazitäten erhöhen und die gemeinsame Beschaffung fördern.

Als dritte Aufgabe müssen wir unsere Ressourcen zusammenführen und den gemeinsamen Bedrohungen durch **Vorzeigeprojekte der Europäischen Verteidigungsunion** begegnen. Sie sollten sich auf die größten gemeinsamen, grenzüberschreitenden Bedrohungen konzentrieren.

In Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und in enger Abstimmung mit der NATO werden wir eine Reihe von Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse im Verteidigungsbereich vorschlagen, beginnend mit einem **europäischen Luftschild** und der **Cyberabwehr**.

Wir werden sicherstellen, dass diese Großprojekte allen offenstehen, und wir werden alle uns zur Verfügung stehenden – regulatorischen und finanziellen – Instrumente nutzen, damit sie so schnell wie möglich auf europäischem Boden konzipiert und verwirklicht werden.

Für diese Ambitionen brauchen wir Investitionen.

Wir müssen dazu als Erstes Anreize für private Investitionen in die Verteidigung schaffen. Ich werde mit der Europäischen Investitionsbank zusammenarbeiten, damit

sie zur Finanzierung und **Risikominderung bei gemeinsamen Verteidigungsprojekten** und Investitionen in die Verteidigung beitragen kann.

Dazu sind europäische Investitionen im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen erforderlich. Wir werden aber auch Vorschläge unterbreiten in Bezug auf dringenden Bedarf bei Verteidigungsinvestitionen.

Strategie der Union zur Krisenvorsorge

Wir müssen nicht nur unsere Kapazitäten ausbauen – Europa braucht auch **eine ambitioniertere Krisen- und Sicherheitsvorsorge**.

Wir werden eine **Strategie der Union zur Krisenvorsorge** ausarbeiten, die sich an dem Bericht über die zivile und militärische Vorsorge der EU orientiert, den der ehemalige finnische Präsident Sauli Niinistö noch in diesem Jahr vorlegen wird.

In diesem Zusammenhang werden wir uns auf die weitere **Stärkung unserer Cyberabwehrkapazitäten**, die Koordinierung der nationalen Cyberabwehrmaßnahmen und die Sicherung unserer kritischen Infrastruktur konzentrieren und dafür insbesondere eine zuverlässige europäische Cyberabwehrindustrie aufbauen.

Darüber hinaus braucht Europa einen gemeinsamen Ansatz zur Prävention und Abwehr neuartiger Bedrohungen, etwa im Zusammenhang mit chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen (CBRN) Sicherheitsrisiken.

Mit Unterstützung der EU-Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen werden wir eine neue Strategie für **medizinische Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Gesundheit**, etwa im

Zusammenhang mit CBRN-Sicherheitsrisiken, vorlegen, die auch auf eine gemeinsame Beschaffung und Bevorratung abzielt.

Außerdem müssen wir an einer **integrierten Abschreckung** arbeiten. In diesem Sinne werden wir unseren **strategischen Ansatz für Sanktionen** stärken, um flexibel auf neue Bedrohungen reagieren zu können. Dabei werden wir prüfen, wie wir unseren Sanktionsrahmen für Cyberattacken ausbauen können und wie ein neues Sanktionsregime gegen hybride Angriffe auf die EU und ihre Mitgliedstaaten aussehen könnte.

Mehr Sicherheit in Europa

Es ist ein grundlegendes Recht, sich sicher fühlen zu können – an jedem Ort und zu jeder Zeit. Doch in Europa ist die organisierte Kriminalität auf dem Vormarsch. Menschen, Unternehmen und ganze Volkswirtschaften nehmen dadurch Schaden, während sich Kriminelle und Banden die Taschen füllen.

Es darf in Europa keinen einzigen Schlupfwinkel für die organisierte Kriminalität geben – weder offline noch online.

Ich werde **eine neue europäische Strategie für die innere Sicherheit** vorschlagen. Es geht darum, Sicherheitsaspekte durchgängig im Recht und in der Politik der EU zu berücksichtigen.

Wir müssen den Strafverfolgungsbehörden geeignete, moderne Instrumente für den rechtmäßigen Zugriff auf digitale Daten zur Verfügung stellen, ohne die Grundrechte anzutasten.

Die meisten kriminellen Gruppen sind in mehr als drei EU-Mitgliedstaaten aktiv, und zwar in der physischen und der digitalen Welt gleichermaßen. Unser Schwerpunkt

wird auf kriminellen Netzwerken mit hohem Bedrohungspotenzial liegen, die es zu zerschlagen und deren Anführer es dingfest zu machen gilt; dafür werden wir die geltenden Vorschriften zur organisierten Kriminalität überarbeiten.

Ich werde vorschlagen, **Europol zu einer wirklich schlagkräftigen Polizeiagentur** zu machen und ihr Personal mit der Zeit auf mehr als das Doppelte aufzustocken. Damit einhergehen sollte eine stärkere Aufsicht und ein robusteres Mandat. Wir müssen die Kapazitäten von Europol zur Unterstützung der nationalen Strafverfolgungsbehörden ausbauen.

Wir müssen auch dafür sorgen, dass diese Kriminellen vor Gericht gestellt werden. Und genau dafür soll das Instrument des **Europäischen Haftbefehls** gestärkt werden, damit die Justizbehörden enger zusammenarbeiten können.

Wir müssen zudem darüber nachdenken, in welchen Bereichen die **Europäische Staatsanwaltschaft** mit zusätzlichen Befugnissen betraut werden muss, damit sie die schwere grenzüberschreitende Kriminalität ins Visier nehmen kann, vor allem Korruptionsfälle, die die Mittel der Union betreffen und nicht von den Mitgliedstaaten allein bewältigt werden können.

Ein härteres Vorgehen gegen Kriminalität ist von ganz besonderer Bedeutung, wenn es um den zunehmenden Drogenhandel in Europa geht, der nicht nur enormes menschliches Leid verursacht, sondern auch als Finanzierungsquelle für andere kriminelle Aktivitäten dient.

Wir werden einen neuen **europäischen Aktionsplan gegen den Drogenhandel** vorlegen und mit unseren Partnern daran arbeiten, Routen zu schließen und Geschäftsmodelle zu zerschlagen. Damit verbunden ist auch eine umfassendere **Strategie für die Häfen der EU**, deren

Schwerpunkt auf Sicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Unabhängigkeit liegen und die sich auf die Europäische Hafenallianz stützen wird.

In letzter Zeit häufen sich die Terroranschläge und lassen keinen Zweifel daran, dass die Bedrohung durch organisierte Netzwerke – oder davon angeregte Einzeltäter – nicht verschwunden ist.

Es ist Zeit für eine **neue Agenda für Terrorismusbekämpfung**, denn wir müssen mit neuen und unvorhergesehenen Bedrohungen, etwa durch die Online-Dimension oder die Veränderungen in der weltweiten Sicherheitsarchitektur, fertigwerden und wirksamer gegen die Terrorismusfinanzierung und gegen Radikalisierungstendenzen vorgehen.

Im Mittelpunkt unseres einheitlichen Sicherheitskonzepts sollte ein neues **europäisches System für kritische Kommunikation** stehen, das von den für Sicherheit und Gefahrenabwehr zuständigen Behörden genutzt werden sollte. Das wird Teil unserer Bemühungen zur Verbesserung der täglichen operativen Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität und zur Rettung von Menschenleben in Notlagen sein.

Stärkere gemeinsame Grenzen

Europas See- und Landgrenzen werden täglich von Millionen Menschen auf Geschäfts- oder Privatreisen, auf dem Weg zur Arbeit oder zum Studieren überquert. Wir müssen unsere Grenzen sicherer und schneller passierbar machen. Die Menschen wollen sich sicher fühlen, ohne lange warten zu müssen.

Wir werden die EU mit einem **voll funktionsfähigen europäischen digitalen Grenzmanagement** zum fortschrittlichsten Reiseziel der Welt machen.

Jedoch müssen wir unsere Grenzen auch besser sichern, um irreguläre Grenzübertritte zu verhindern und die EU vor einem Anstieg hybrider und anderer Sicherheitsrisiken zu schützen.

In den letzten Jahren war Europa stark gefordert, um den Druck an den Außengrenzen zu bewältigen – von Lampedusa bis zur polnischen Grenze mit Belarus, von den Grenzen der baltischen Länder und Finnlands bis hin zu den Kanarischen Inseln, Zypern und anderen mehr.

Jedes Mal haben wir die Situation gemeistert und bei jeder Gelegenheit unsere Grenzen gestärkt. Aber wir brauchen einen stärkeren und flexibleren Ansatz.

Wir werden auf der Grundlage eines **integrierten Grenzmanagements** arbeiten. Wir werden Frontex stärken und insbesondere mit modernster Technologie für die Überwachung und Lageerfassung ausstatten und für eine eigene Ausrüstung und Personaldecke sorgen, die es der Agentur ermöglichen, unsere Grenzen unter allen Umständen – nach strengen Regeln und unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte – zu schützen.

Um das möglich zu machen, werde ich vorschlagen, **die Mitarbeiterzahl der Europäischen Grenz- und Küstenwache auf 30 000** zu verdreifachen.

Wir werden nicht dulden, dass die Sicherheit unserer Grenzen und unserer Bürgerinnen und Bürger durch hybride Angriffe bedroht werden. Feindliche Akteure, die Menschen zu politischen Zwecken über die EU-Außengrenzen treiben, sollten als Bedrohung unserer Sicherheit betrachtet und sanktioniert werden.

Wir werden uns auch um eine engere Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich der Grenzsicherheit bemühen und dafür

insbesondere eine **Strategie für eine EU-Visumpolitik** ausarbeiten, mit der eine bessere Grenzsicherung und ein besseres Migrationsmanagement erreicht werden kann.

Für die Grenzsicherheit ist es zudem überaus wichtig, einen **vollständigen und voll funktionierenden Schengen-Raum** der Freizügigkeit sicherzustellen. Denn damit können wir die verbleibenden Kontrollen an den Binnengrenzen abschaffen.

Bulgarien und Rumänien haben ihre Leistungsfähigkeit im Bereich Grenzmanagement und Rückführungen unter Beweis gestellt. Sie sind bereit und sollten alle Vorteile des Schengen-Raums genießen.

Mit Entschlossenheit für eine faire Migration

Die Migration ist eine europäische Herausforderung, die einer europäischen Lösung bedarf. Deshalb ist es so wichtig, dass wir das **Migrations- und Asylpaket** umsetzen.

Mithilfe dieses Pakets werden wir die Menschen schützen, unsere Grenzen sichern, faire und effiziente Verfahren sicherstellen und ein geordnetes Migrationsmanagement auf der Grundlage der Solidarität bewerkstelligen können.

Gemeinsam werden wir an der **Umsetzung aller Teile des Pakets** arbeiten; wir werden die Mitgliedstaaten stärker dabei unterstützen und dafür sorgen, dass sie fachlich, operativ und finanziell in der Lage sind, ihren rechtlichen Verpflichtungen praktisch nachzukommen; das werden wir auch in unserem nächsten langfristigen Haushaltsplan berücksichtigen.

Die Umsetzung des Pakets ist ein dynamischer und anhaltender Prozess. Wir brauchen eine **europäische Migrations- und Asylstrategie**, um unserer

zukunftsorientierten Vision einen Rahmen zu geben und an künftige Herausforderungen anzupassen.

Wir werden einen **neuen gemeinsamen Ansatz für Rückführungen** ausarbeiten, der mit einem neuen Rechtsrahmen einhergehen wird, der für schnellere und einfachere Verfahren sorgen und sicherstellen soll, dass bei den Rückführungen die Würde der Menschen geachtet wird, das Fallmanagement digitalisiert wird und Rückkehrentscheidungen europaweit gegenseitig anerkannt werden.

Wir werden unsere **strategischen Beziehungen im Bereich Migration und Sicherheit** zu Drittstaaten, insbesondere zu Herkunfts- und Transitländern, weiter ausbauen.

Im Rahmen eines **neuen Pakts für den Mittelmeerraum** werden wir unsere bestehenden strategischen Partnerschaften vertiefen und neue Partnerschaften mit klaren Verantwortlichkeiten und Pflichten eingehen. Dabei geht es um Bereiche, in denen wir gemeinsame Interessen verfolgen – von Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die Wirtschaft im Allgemeinen bis hin zu Talentpartnerschaften und legalen Migrationswegen. Wir werden unsere Anstrengungen in den Bereichen Rückkehr/Rückführung, Verhinderung der illegalen Migration und Bekämpfung der Schleuserkriminalität intensivieren. Ich werde bei solchen Abkommen für mehr Transparenz gegenüber dem Europäischen Parlament sorgen.

Darüber hinaus werden wir weiter nach neuen Wegen zur Bekämpfung der irregulären Migration suchen, mit denen das Völkerrecht geachtet und den Migrantinnen und Migranten langfristige und faire Lösungen aufgezeigt werden.

Europa hat bisher immer alle internationalen Verpflichtungen erfüllt und wird sie weiter erfüllen. **Wir werden stets die**

Menschenrechte achten und sicherstellen, dass diejenigen, die ein Aufenthaltsrecht haben, bleiben und wesentliche Unterstützung erhalten können, um sich zu integrieren.

Jedes Todesopfer im Mittelmeer ist eines zu viel. Wir brauchen eine engere Abstimmung der Rettungseinsätze, auch mit benachbarten Drittländern, und Frontex braucht mehr Überwachungskapazitäten.

Wir werden niemals akzeptieren, dass Schleuser und Menschenhändler darüber entscheiden, wer unter welchen Umständen nach Europa kommt. **Für Schleuser und Menschenhändler wird es keine Straffreiheit** geben.

Um deren Geschäftsmodell zu zerstören, werden wir mit unseren internationalen Partnern in der Globalen Allianz zur Bekämpfung der Schleuserkriminalität zusammenarbeiten und entschlossen gegen die Schattenwirtschaft in Europa vorgehen.

Wir werden alles dafür tun, dass Migrantinnen und Migranten auf unserem Arbeitsmarkt nicht ausgebeutet werden und gute Arbeitsbedingungen vorfinden. Wir werden den Tätern das Handwerk legen und den Prozess machen, indem wir sie getreu dem Grundsatz „Follow the money“ um ihre illegalen Profite bringen, unter anderem im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit zur Einziehung von Vermögenswerten. Dafür werden wir die **Kapazitäten von Europol stärken**.

Mit diesem fairen und entschlossenen Ansatz für das Migrationsmanagement werden wir in der Lage sein, **legale Migrationswege** zu öffnen.

Wir werden Mitgliedstaaten und Unternehmen bei der **legalen Migration in Abhängigkeit vom Fachkräftebedarf unserer Volkswirtschaften und unserer Regionen** unterstützen. Wir werden ihnen dabei helfen, qualifizierte

Drittstaatsangehörige zu finden, um die Arbeitsmarktlücken in Europa zu schließen, und wir werden es mit einheitlichen Regeln für die Anerkennung von Qualifikationen leichter machen, passende Fachleute anzuwerben.

Die Menschen unterstützen, unsere Gesellschaften und unser Sozialmodell stärken

Europa verfügt über eine einzigartige Lebensqualität, die sowohl als Wettbewerbsvorteil für unsere Wirtschaft als auch als wesentliche Säule unserer Gesellschaft dient, sodass wir sicherstellen, dass niemand zurückgelassen wird.

Die Krisen der letzten Jahre haben sich jedoch unmittelbar auf die Lebensqualität vieler Europäerinnen und Europäer ausgewirkt: Das reicht von den Lebenshaltungskosten, den Kosten für Wohnraum und Energie bis hin zu gerechten Einkommen und auch zu Spaltungen und Ungleichheiten in unserer Gesellschaft.

Da unsere Gesellschaften und Volkswirtschaften kontinuierlich im Wandel sind – und sich die Geschwindigkeit dieses Wandels noch beschleunigt – müssen wir unsere Anstrengungen darauf konzentrieren, unsere einzigartige Lebensqualität zu erhalten und zu verbessern. Wir müssen die Fragmente unserer Gesellschaft wieder zusammenfügen und dafür sorgen, dass sie für alle funktioniert, mit Chancengleichheit und hochwertigen Arbeitsplätzen.

Das gehört zu unserer europäischen Lebensweise. Und die müssen wir ständig pflegen.

Soziale Gerechtigkeit in der modernen Wirtschaft

Europas Lebensweise hängt von dem Schutz und den Chancen ab, die unser Sozialmodell und unsere soziale Marktwirtschaft bieten.

Deshalb ist es so wichtig, dass die Grundsätze der europäischen Säule sozialer Rechte in der gesamten Union umgesetzt

werden, wobei das Sozialmodell jedes einzelnen Landes zu achten ist.

Wir brauchen neue Impulse in Bereichen, in denen weitere Fortschritte erforderlich sind, und wir werden diese Arbeit in einen neuen **Aktionsplan zur Umsetzung der europäischen Säule sozialer Rechte** einbetten.

Dazu werden Initiativen gehören, die untersuchen, wie sich die Digitalisierung vom KI-Management über die Telearbeit auf die Arbeitswelt sowie eine Kultur, in der wir stets verfügbar sein müssen, auf die psychische Gesundheit der Menschen auswirken. Neue Arbeitsformen sollten nicht zu weniger Rechten führen, und ich werde vorschlagen, ein Recht auf Nichterreichbarkeit einzuführen.

Die Menschen und ihre Arbeitsplätze müssen stets im Mittelpunkt unserer sozialen Marktwirtschaft stehen, auch wenn sich unsere Industrien und Volkswirtschaften verändern. Wir müssen einen **gerechten Übergang für alle** gewährleisten.

Aus diesem Grund werde ich einen **Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze** vorlegen, der gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgearbeitet werden wird. Darin wird es um faire Löhne, gute Arbeitsbedingungen, Schulungen und faire Arbeitsplatzwechsel für Arbeitnehmer und Selbstständige gehen, insbesondere durch eine bessere tarifvertragliche Abdeckung.

Und wir werden **unsere Mittel für einen gerechten Übergang im nächsten langfristigen Haushalt erheblich aufstocken**.

Dies wird Teil eines erneuerten Engagements zur Stärkung des europäischen sozialen Dialogs in Zeiten des wirtschaftlichen und sozialen Wandels sein. Gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften und Arbeitgebern werden wir Anfang 2025 einen neuen **Pakt für den europäischen sozialen Dialog** präsentieren.

Dies wird Teil unserer Arbeit zur Unterstützung der Menschen beim Zugang zu den wesentlichen Schutz- und Dienstleistungen, die sie benötigen, sowie zur Bekämpfung der Ursachen von Armut im Rahmen einer **ersten EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut** sein.

In diesem Zusammenhang werden wir die Garantie für Kinder stärken, um soziale Ausgrenzung durch Bildung, Gesundheitsversorgung und andere grundlegende öffentliche Dienste zu verhindern und zu bekämpfen.

Wir müssen dringend die Wohnungskrise angehen, mit der Millionen von Familien und jungen Menschen konfrontiert sind.

Der Anteil des Haushaltseinkommens, der für Wohnraum ausgegeben wird, ist drastisch gestiegen. Mieten und Wohnimmobilienpreise schießen in die Höhe. Darüber hinaus besteht eine erhebliche und noch weiter wachsende Investitionslücke bei Sozialwohnungen und erschwinglichem Wohnraum.

Um die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung dieser Probleme zu unterstützen, werde ich ein Kommissionsmitglied ernennen, dessen Zuständigkeitsbereich auch den Wohnraum umfasst, und ich werde einen **ersten europäischen Plan für erschwinglichen Wohnraum** vorlegen.

Dabei geht es um strukturelle Triebkräfte, die Entwicklung einer Strategie für den Wohnungsbau sowie die Bereitstellung technischer Hilfe für Städte und

Mitgliedstaaten, und der Schwerpunkt wird auf Investitionen liegen.

Wir werden gemeinsam mit der Europäischen Investitionsbank an einer **gesamteuropäischen Investitionsplattform für erschwinglichen und nachhaltigen Wohnraum** arbeiten, um mehr private und öffentliche Investitionen anzuziehen.

Als sofortigen ersten Schritt werden wir vorschlagen, dem Markt eine Liquiditätsspritze zu geben, indem es den Mitgliedstaaten ermöglicht wird, die geplanten kohäsionspolitischen Investitionen in erschwinglichen Wohnraum zu verdoppeln.

Wir werden auch unsere Beihilfavorschriften überarbeiten, um Fördermaßnahmen, insbesondere für erschwinglichen energieeffizienten und sozialen Wohnraum, zu ermöglichen.

Von zentraler Bedeutung ist dabei eine rasche und wirksame Einführung des **Klima-Sozialfonds**, der insbesondere bei Renovierungen und beim Zugang zu erschwinglichem und energieeffizientem Wohnraum helfen wird.

Vor vier Jahren habe ich das **Neue Europäische Bauhaus** ins Leben gerufen, das Nachhaltigkeit mit Inklusion und Erschwinglichkeit, Kreativität und Innovation verbindet. Und wir werden diese Gemeinschaft nun erweitern.

Wir müssen auch die anderen Ungleichheiten angehen, durch die der Zusammenhalt unserer Gesellschaften auf den Prüfstand gestellt wird. Wir werden die **Ursachen des demografischen Wandels angehen** und uns an die neuen Gegebenheiten anpassen. In den kommenden Jahren wird Europa mit verschiedenen Herausforderungen konfrontiert sein, von Renten bis hin zu öffentlichen Diensten, vom Arbeitskräftemangel über die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bis hin zu



Ungleichheiten zwischen Generationen und Regionen.

Wir werden uns mit der Steigerung der Erwerbsbeteiligung, insbesondere bei Frauen und jungen Menschen, befassen, regionale Unterschiede verringern, damit die Menschen in ihren Heimatregionen bleiben können, und junge Eltern dabei unterstützen, Beruf und Privatleben miteinander zu vereinbaren.

Die Regionen werden weiterhin im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen.

Wir brauchen eine **gestärkte Kohäsions- und Wachstumspolitik**, die sich um die Regionen dreht. Sie muss partnerschaftlich mit den nationalen, regionalen und lokalen Behörden konzipiert werden. Wir werden regionale und soziale Ungleichheiten angehen und dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger ein **wirksames Recht haben, an ihrem Heimatort zu bleiben**.

In diesem Zusammenhang müssen wir Reformen und Investitionen mobilisieren, um dazu beizutragen, dass eine Gemeinschaft alles hat, um gedeihen zu können: öffentliche Dienste und private Tätigkeiten, Bildung und Kompetenzen, Verkehr und digitale Konnektivität.

Und wir werden den **besonderen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen, mit denen Inseln konfrontiert sind**, Rechnung tragen, darunter Wohnraum, Verkehr, Wasser- und Abfallwirtschaft. Wir werden auch die Herausforderungen weiter angehen, vor denen die Gebiete in äußerster Randlage stehen.

Unsere Gesellschaften wieder einen und unsere jungen Menschen unterstützen

Eine Erkenntnis aus den letzten Europawahlen war, dass ein Unbehagen in der Gesellschaft herrscht, das zu Spaltungen

in unseren Gemeinschaften geführt und es Extremisten ermöglicht hat, die Ängste der Menschen für sich zu nutzen.

Wir werden auf den Schutz der Rechte von Personen hinarbeiten, die Minderheiten in Europa angehören.

Wir müssen uns auch dafür einsetzen, dass die Entscheidungen, die heute getroffen werden, künftigen Generationen keinen Schaden zufügen, und wir werden auf mehr Solidarität und Interaktion zwischen Menschen unterschiedlichen Alters hinarbeiten. Für diese Arbeiten werde ich ein Kommissionsmitglied ernennen, zu dessen Aufgabenbereich die **Generationengerechtigkeit** gehören wird.

Wir müssen unsere Gesellschaft wieder einen, und zwar Bildung, durch die Unterstützung junger Menschen und aufbauend auf dem, was wir als Europäerinnen und Europäer gemeinsam haben.

Wir werden **Erasmus+ stärken** – auch für die berufliche Bildung –, sodass mehr Personen teilnehmen können. Dies ist überaus wichtig für die Menschen, damit sie Kompetenzen erwerben, gemeinsame Erfahrungen sammeln und einander besser verstehen können.

Dies wird als Teil eines umfassenderen Einsatzes dafür geschehen, jungen Menschen mehr Freiheit und Verantwortung in unseren Gesellschaften und Demokratien zu geben.

Das neue Kommissionskollegium wird dabei eine Führungsrolle übernehmen.

Ich werde alle Kommissionsmitglieder auffordern, innerhalb der ersten **100 Tage des Mandats ihre ersten jährlichen jugendpolitischen Dialoge** zu organisieren. Diese Dialoge sollen jedes Jahr stattfinden.

Ich möchte sicherstellen, dass junge Menschen ihre Stimme – ihre eigene Stimme

– nutzen können, um unsere Zukunft mitzugestalten.

In diesem Sinne werde ich einen **Jugendbeirat der Präsidentin** mit jungen Menschen aus allen Mitgliedstaaten einrichten, die mich in Fragen beraten sollen, die ihren Altersgenossinnen und -genossen in ihrer jeweiligen Gemeinschaft wichtig sind. Dieser Beirat soll als Diskussionsforum für von der Kommission entwickelte Ideen fungieren.

Ich glaube, dass der **Schutz der psychischen Gesundheit unserer Kinder und Jugendlichen**, insbesondere im Internet, eine unserer größten Herausforderungen dieses Jahrzehnts ist.

Die Kindheits- und Teenagerjahre sind für die Entwicklung des Gehirns und der Persönlichkeit von entscheidender Bedeutung – und sie sind zugleich Phasen besonderer Verletzlichkeit durch soziale Medien und übermäßig lange Bildschirmzeiten. Wir müssen eine offene und faktenbasierte Debatte zu diesem Thema führen. Deshalb werden wir eine **EU-weite Untersuchung zu den umfassenderen Auswirkungen sozialer Medien auf das Wohlergehen** einleiten.

Wir werden gegen unethische Praktiken von Online-Plattformen vorgehen, indem wir Maßnahmen gegen **suchterzeugende Gestaltungsmerkmale von Online-Diensten** wie endloses Scrollen, automatische Wiedergabe und ständige Push-Benachrichtigungen ergreifen. Wir werden darüber hinaus dem zunehmenden Trend zu Missbrauch im Internet mit einem **Aktionsplan gegen Cybermobbing** entschlossen entgegenreten.

Schließlich werden wir uns auf die Dinge konzentrieren, die unsere europäische Lebensweise ausmachen: unsere Kultur und Geschichte. Ich möchte es den Menschen – insbesondere den jüngeren Generationen –

leichter machen, von unserem reichen und vielfältigen **kulturellen Erbe** zu profitieren.

Eine Union der Gleichheit

Vor fünf Jahren haben wir uns daran gemacht, eine Union der Gleichheit zu schaffen. Ich bin stolz auf die historischen Fortschritte. Jedoch ist für zu viele Menschen die Gleichheit noch nicht Realität geworden. Wir müssen weiterhin mehr tun, damit alle – ohne Unterschied der Person – leben, sich entwickeln und Führungsrollen übernehmen können.

Deshalb werde ich ein für **Gleichheitspolitik zuständiges Kommissionsmitglied** damit beauftragen, eine aktualisierte Strategie für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen vorzuschlagen und eine neue Strategie gegen Rassismus für die Zeit nach 2025 zu entwickeln.

Wir werden **unsere täglichen Anstrengungen für die Gleichstellung der Geschlechter weiter verstärken**. In diesem Bereich haben wir historische Fortschritte erzielt – von Frauen in Aufsichtsräten bis hin zu Lohntransparenz. Wir beobachten aber auch zutiefst besorgniserregende Tendenzen, etwa das fürchterliche Phänomen des Femizids und der Gewalt gegen Frauen oder auch die Hürden, mit denen Frauen bei ihrer beruflichen Karriere oder ihrer Bildung zu kämpfen haben.

Um unser Engagement weiter zu stärken, werden wir eine **neue Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter für die Zeit nach 2025** vorschlagen. In dieser Strategie werden wir unseren Plan zur Stärkung der Rechte von Frauen in allen Bereichen darlegen – von der Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt bis hin zur Stärkung der Position von Frauen in der Politik und auf dem Arbeitsmarkt, und dies in der gesamten EU und in allen EU-Institutionen.



Ich unterstütze auch die Idee eines **Fahrplans für Frauenrechte**, den wir beim nächsten Internationalen Frauentag vorstellen werden.

Unsere Lebensqualität erhalten: Ernährungssicherheit, Wasser und Natur

Europas Lebensqualität hängt von einer sicheren und erschwinglichen Versorgung mit hochwertigen lokalen Lebensmitteln ab. **Die Landwirtschaft ist ein zentraler Bestandteil unseres europäischen Lebens – und das muss sie auch bleiben.**

Dank der neun Millionen landwirtschaftlichen Betriebe in Europa – und des breiteren Agrar- und Lebensmittelsektors – verfügt Europa über die gesündesten und qualitativ hochwertigsten Lebensmittel der Welt. Dies ist ein strategischer Vorteil, bedeutet aber auch, dass Europa für die weltweite Ernährungssicherheit überaus wichtig ist.

Unsere Landwirtinnen und Landwirte sowie unsere ländlichen Gebiete stehen zunehmend unter Druck – von den Auswirkungen des Klimawandels über unlauteren globalen Wettbewerb, höhere Energiepreise und fehlende Nachwuchs-Landwirte bis hin zu Schwierigkeiten beim Zugang zu Kapital. Gleichzeitig unternehmen sie enorme Anstrengungen, um zum ökologischen Wandel beizutragen, z. B. durch naturbasierte Lösungen.

Ich möchte weiterhin mit Landwirten, politischen Entscheidungsträgern, der Zivilgesellschaft, Interessenträgern und Bürgerinnen und Bürgern zusammenarbeiten, damit wir ein wettbewerbsfähiges und widerstandsfähiges Agrar- und Lebensmittelsystem aufbauen können.

Aus diesem Grund habe ich einen strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft einberufen, der in Kürze seinen Bericht vorlegen wird. Aufbauend auf diesen Empfehlungen werde ich in den ersten 100 Tagen eine **Vision für Landwirtschaft und Ernährung** vorlegen, in der erwogen wird, wie die langfristige

Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit unseres Agrarsektors innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten sichergestellt werden können.

In diesem Zusammenhang ist es **wesentlich, dass die Landwirtinnen und Landwirte über ein gerechtes und ausreichendes Einkommen verfügen.** Sie sollten nicht gezwungen sein, ihre Erzeugnisse systematisch unter den Produktionskosten zu verkaufen.

Ich werde stets für eine EU-Einkommenspolitik für die Landwirte in Europa eintreten, und ich **werde** dafür sorgen, dass der EU-Haushalt und unsere **Gemeinsame Agrarpolitik** zielorientiert sind und das richtige Gleichgewicht zwischen Anreizen, Investitionen und Regulierung halten.

Wir müssen die Landwirte in die Lage versetzen, ihre Flächen ohne übermäßigen Verwaltungsaufwand zu bewirtschaften, Familienbetriebe unterstützen und **Landwirte belohnen, die mit der Natur arbeiten**, unsere biologische Vielfalt und unsere natürlichen Ökosysteme erhalten und zur Dekarbonisierung unserer Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität bis 2050 beitragen.

Wir werden die **Wettbewerbsfähigkeit unserer gesamten Lebensmittelwertschöpfungskette fördern** durch Investitionen und Innovationen in den landwirtschaftlichen Betrieben, aber auch in Genossenschaften, in unseren Agrar- und Lebensmittelunternehmen und den vielen KMU in diesem Sektor.

Da die Landwirte häufig das schwächste Glied dieser Kette sind, müssen wir bestehende Ungleichgewichte korrigieren,

die Position der Landwirte stärken und sie weiter vor unlauteren Handelspraktiken schützen.

Gemeinsam werden wir zeigen, dass Europa seine eigene **Ernährungssicherheit** und diejenigen schützen wird, die uns alle versorgen.

Das muss auch für unsere Fischerinnen und Fischer gelten. Sie stellen sicher, dass die Fischerei das Leben und die Wirtschaft in unserer Küstengebieten am Laufen hält. Sie versorgen die lokalen, nationalen und internationalen Märkte mit gesunden Lebensmitteln.

Ich werde ein **für Fischerei und Ozeane zuständiges Kommissionmitglied** ernennen, das dafür sorgen wird, dass der Sektor nachhaltig, wettbewerbsfähig und widerstandsfähig bleibt und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die europäische Fischereikette aufrechterhalten werden.

Beim **europäischen Ozeanpakt** wird die Förderung der blauen Wirtschaft und die Gewährleistung einer verantwortungsvollen Verwaltung und der Nachhaltigkeit unserer Meere in all ihren Dimensionen im Mittelpunkt stehen.

Wir müssen auch den Schutz unserer Natur beibehalten. Unsere Wälder und Forstflächen, unsere Feuchtgebiete und unser Grünland sind nicht nur unsere Heimat und bilden die Kulisse für das Leben der Europäerinnen und Europäer, sondern sind auch unverzichtbar für die Regulierung unseres Klimas und die Gewährleistung einer sicheren Versorgung mit Lebensmitteln und Wasser.

Wir werden uns auf Anreize und eine gerechte und wirksame Umsetzung unserer Maßnahmen konzentrieren, um insbesondere sicherzustellen, dass wir unseren internationalen Verpflichtungen im Bereich der biologischen Vielfalt nachkommen, wie

sie unter anderem im **Globalen Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal** festgehalten sind.

Anpassung, Vorsorge und Solidarität im Zusammenhang mit dem Klimawandel

Eines der größten Risiken für unsere Sicherheit sind die Auswirkungen des Klimawandels. Durch Überschwemmungen, Brände und Dürren – das ganze Jahr über und überall in unserer Union – richten extreme Wetterereignisse Schäden in immer größeren Gebieten Europas an.

Dank des Katastrophenschutzverfahrens der Union helfen Rettungskräfte, Flugzeuge und Hubschrauber aus ganz Europa dabei, Waldbrände zu löschen und die verheerenden Auswirkungen von Überschwemmungen, Stürmen oder Dürren zu bewältigen.

So zeigt sich Europa in der Praxis von seiner besten Seite. Aber wir wissen, dass solche Einsätze stärker und regelmäßiger gefragt sein werden, je mehr sich der Planet aufheizt und je häufiger, intensiver und verheerender die Schäden an Leben, Land und Eigentum werden.

Wir brauchen bessere Ressourcen und einen leichteren Zugang zu aufgestockten europäischen Mitteln. Wir brauchen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz und müssen alle erforderlichen Instrumente, auch militärische, nutzen.

Ich glaube, dass wir auf einen **europäischen Zivilschutzmechanismus**, bei dem alle Aspekte des Krisen- und Katastrophenmanagements berücksichtigt werden, sowie auf die Stärkung der Widerstandsfähigkeit der Gemeinschaften hinarbeiten müssen. Dabei werden wir auch auf dem Bericht von Präsident Niinistö aufbauen.

Da sich das Klima Europas schneller erwärmt als der globale Durchschnitt, müssen wir die **Klimaresilienz und -vorsorge** erhöhen.

Wir werden die Risiken und den Vorsorgebedarf bei Infrastrukturen, Energie, Wasser, Lebensmitteln und Flächen in der Stadt und auf dem Land sowie den Bedarf an Daten und Frühwarnsystemen erfassen.

Dies wird Teil eines **europäischen Plans zur Anpassung an den Klimawandel** sein, um die Mitgliedstaaten insbesondere bei der Vorsorge und Planung zu unterstützen und regelmäßige wissenschaftlich fundierte Risikobewertungen sicherzustellen.

Dies muss mit einer **Stärkung der Wasserversorgungssicherheit in Europa** Hand in Hand gehen. Wasser ist eine unverzichtbare Ressource für die Sicherheit unserer Ernährung, Energie und Wirtschaft, die jedoch durch Klimawandel und steigende Nachfrage zunehmend unter Druck gerät.

Wir brauchen eine neue **europäische Strategie für die Resilienz der Wasserversorgung**, um sicherzustellen, dass Wasserquellen ordnungsgemäß bewirtschaftet werden und Knappheit bekämpft wird sowie dass wir den Wettbewerbs- und Innovationsvorteil unserer Wasserwirtschaft stärken und einen kreislauforientierten Ansatz verfolgen. In diesem Zusammenhang werden wir weltweit eine Führungsrolle bei der Eindämmung und Verhinderung akuter Wasserknappheit übernehmen.

Unsere Demokratie schützen und unsere Werte wahren

Die Zukunft Europas in einer zersplitterten Welt wird davon abhängen, dass wir eine starke Demokratie haben und die Werte verteidigen, die uns die Freiheiten und Rechte verleihen, die uns kostbar sind.

Unsere Demokratie schützen

Unsere demokratischen Systeme und Institutionen werden angegriffen. Es gibt immer mehr Bedrohungen durch interne und äußere Akteure – sowohl durch feindlich gesinnte Regierungen als auch durch nichtstaatliche Akteure. Die angewandten Methoden lassen sich mittlerweile schwieriger nachverfolgen, richten mehr Schaden an und können mit digitalen Instrumenten und sozialen Medien einfacher durchgeführt werden.

Dies geht auf eine tiefgreifende Veränderung des Informationsraums zurück, eine Verlagerung von redaktionellen Medienquellen hin zu nutzergenerierten Inhalten, die von Plattformen verwaltet und durch Algorithmen verbreitet werden. Dies eröffnet neue Freiheiten, senkt aber auch die Kosten für die Manipulation von Informationen und erleichtert es Russland und anderen Akteuren, die Propagandaaktivitäten zu intensivieren.

Wir müssen mehr tun, um unsere Demokratie zu schützen.

Deshalb werde ich einen neuen **europäischen Schutzschild für die Demokratie** vorschlagen. Dabei werden wir nach dem Beispiel der französischen Behörde Viginum oder des schwedischen Amts für psychologische Landesverteidigung daran arbeiten, der ausländischen Manipulation von Informationen und der Einflussnahme über das Internet entgegenzuwirken.

Ziel ist eine bessere Lageerfassung, indem Desinformation und Informationsmanipulation aufgedeckt, analysiert und proaktiv bekämpft werden.

Wir werden den Fokus auf die **Resilienz und Krisenfestigkeit der Gesellschaft** legen, indem wir die digitale und die Medienkompetenz verbessern und die Prävention durch Prebunking stärken. Wir werden ein **europäisches Netz von Faktenprüfern** schaffen und in allen Sprachen zugänglich machen.

Außerdem werden wir die **digitale Durchsetzung weiter verstärken**, um sicherzustellen, dass manipulierte oder irreführende Informationen im Einklang mit dem Gesetz über digitale Dienste aufgedeckt, gekennzeichnet und gegebenenfalls entfernt werden.

Schließlich werden wir auch **gegen die immer realistischer wirkenden Deepfakes vorgehen**, die sich auf Wahlen in ganz Europa ausgewirkt haben. Wir werden dafür sorgen, dass die Transparenzanforderungen des KI-Rechtsakts umgesetzt werden und dass wir unsere Herangehensweise an KI-erzeugte Inhalte stärken.

Beim Schutz unserer Demokratie werden wir unser fortwährendes Engagement für die **Wahrung und Förderung des Rechts auf freie Meinungsäußerung** stets respektieren.

Die Rechtsstaatlichkeit stärken

Europas Demokratie und Wirtschaft beruhen auf Rechtsstaatlichkeit. Diese stellt sicher, dass unsere Gesellschaft funktioniert, dass Rechte verteidigt werden, dass Korruption bestraft wird und dass Verträge durchgesetzt werden.

Die Rechtsstaatlichkeit kennt keine Einschränkung. Herausforderungen bestehen in ganz Europa – in unterschiedlichem Ausmaß und bei unterschiedlichen Belangen.

Wir haben in den letzten fünf Jahren viel getan. Wir sind jetzt besser gerüstet als je zuvor, um Fragen der Rechtsstaatlichkeit in allen Mitgliedstaaten objektiv – und in gleicher Weise – anzugehen. Aber wir beobachten auch besorgniserregende Trends.

Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit wird unser tägliches Bestreben und unsere Pflicht sein.

Wir werden unsere Überwachung und Berichterstattung weiter verbessern und die Gewaltenteilung stärken, insbesondere durch die Nachverfolgung der Umsetzung von Empfehlungen.

Der **Bericht über die Rechtsstaatlichkeit** hat aufgezeigt, wie Dialog zu Fortschritten beitragen kann. Wir müssen den Bericht nun konsolidieren und sicherstellen, dass alle einschlägigen Probleme überall in Europa berücksichtigt werden.

Wir werden dem Bericht eine Binnenmarktdimension hinzufügen, um Probleme im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit aufzugreifen, die grenzüberschreitend operierende Unternehmen, insbesondere KMU, betreffen. Auch werden wir weitere Beitrittsländer in den Bericht über die Rechtsstaatlichkeit einbeziehen, sobald sie bereit sind.

Wir werden in die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit investieren. Ich werde vorschlagen, dass EU-Mittel auch für nationale Maßnahmen wie Korruptionsbekämpfung und für den Schutz der finanziellen Interessen der EU eingesetzt werden.

Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist eine unabdingbare Voraussetzung für EU-Mittel.

In diesem Sinne werden wir eine engere Verknüpfung zwischen den Empfehlungen des Berichts über die Rechtsstaatlichkeit und der Bereitstellung finanzieller Unterstützung herstellen. Und wir werden sicherstellen, dass bei der zukünftigen langfristigen Haushaltsplanung strenge Schutzmechanismen für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit greifen – einschließlich der **allgemeinen Konditionalitätsregelung**, die für alle EU-Mittel gilt.

Wir werden auch Lehren aus NextGenerationEU ziehen, wo sich gezeigt hat, wie Haushaltsfragen mit Reformen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit verknüpft werden können.

Die Durchsetzung durch Vertragsverletzungsverfahren und eine verstärkte Anwendung des **Verfahrens nach Artikel 7** müssen weiterhin wirksam genutzt werden, auch in einer künftigen erweiterten Union.

Ein zentraler Grundpfeiler der Rechtsstaatlichkeit – und der Demokratie insgesamt – ist die **Medienfreiheit**.

In einer Welt mit immer schnelleren Medien und immer mehr Desinformation müssen wir alles in unserer Macht Stehende tun, um freie Medien in der gesamten Union zu unterstützen.

Wir werden den Europäischen Rechtsakt zur Medienfreiheit umsetzen und **unsere Unterstützung und unseren Schutz unabhängiger Medien und Journalisten** verstärken und gegen Druckausübung und unethisches Verhalten vorgehen.

Die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unserer Demokratie stellen

Die Konferenz zur Zukunft Europas – und der Erfolg der europäischen Bürgerforen – waren wichtige Schritte hin zu einer stärker



deliberativen Demokratie und zur Einbeziehung der Menschen über Wahlen oder Politik hinaus.

Wir müssen nun **die Bürgerbeteiligung in der gesamten EU verankern.**

Jedes Jahr werden wir politische Themen und Vorschläge auswählen, in denen die Empfehlungen eines **Europäischen Bürgerforums** besonders wertvoll sind. Wir werden Folgemaßnahmen zu diesen Empfehlungen ergreifen, wie bei denjenigen des Forums 2024 zur **Bekämpfung von Hass in der Gesellschaft.**

In diesem Sinne werden wir auch **unsere Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft intensivieren**, die über

Fachwissen verfügen und eine wichtige Rolle bei der Verteidigung bestimmter gesellschaftlicher Anliegen und der Wahrung der Menschenrechte spielen können.

Wir müssen dafür sorgen, dass die Zivilgesellschaft bei ihrer Arbeit besser geschützt wird.

Wir werden auch mit Lokalpolitikerinnen und -politikern im Bereich Bürgerbeteiligung zusammenarbeiten, um besser zu verstehen, wie sich Europa im Alltag auswirkt. Gemeinsam mit dem **Ausschuss der Regionen** arbeiten wir bereits mit einem Netzwerk von mehr als 3 000 Gemeinderatsmitgliedern zusammen, und wir sollten unser Netzwerk in den nächsten fünf Jahren weiter stärken.

Europa in der Welt: unseren Einfluss und unsere Partnerschaften nutzen

In einer Welt, die so gefährlich ist wie seit Generationen nicht mehr, muss Europa seine strategischen Interessen entschlossener vertreten.

Russlands Angriffskrieg, der von Putins imperialem Bestreben, die Ukraine und ihre europäische Zukunft zu zerstören, angetrieben wird, ist Teil eines umfassenderen, systematischen Angriffs auf Europa, unsere Werte und die regelbasierte internationale Ordnung.

Tagtäglich kämpft die Ukraine für unsere Freiheit – und wir müssen uns umgekehrt auch für ihre einsetzen.

Dies wird weiterhin unsere oberste Priorität sowohl innerhalb der EU als auch auf internationaler Ebene sein. Dabei werden wir gemeinsam mit Partnern zur Deckung des kurzfristigen Bedarfs und zu den langfristigen Wiederaufbaumethoden beitragen.

Wir können diesen Krieg auf europäischem Boden nicht isoliert betrachten. Die Welt steht vor einer Zerreißprobe. In den letzten Jahren hat eine neue Liga von Autokraten – in Iran, Nordkorea, Russland und anderen Ländern – klare Absichten bekundet. Sie säen Zwiespalt und wollen eine alternative Weltordnung schaffen, bei der nach imperialen Vorstellungen und Interessensphären Grenzen neu gezogen werden.

Der Krieg im Gazastreifen und die Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens haben Blutvergießen und Instabilität in der gesamten Region zur Folge. Staatsstreich und Konflikte nehmen weltweit zu.

Wir sind in ein Zeitalter geostrategischer Rivalitäten eingetreten.

Die aggressivere Haltung und der unfaire wirtschaftliche Wettbewerb vonseiten Chinas und dessen „grenzenlose“ Freundschaft mit Russland – sowie die Dynamik der Beziehungen zu Europa – zeugen davon, dass statt Zusammenarbeit nun Konkurrenz angesagt ist. Alle Politikbereiche – von Energie über Migration bis hin zum Klima – werden als Waffe eingesetzt. Dies schadet unserer regelbasierten internationalen Ordnung, und unsere globalen Institutionen haben an Wirksamkeit eingebüßt.

Diese neue Realität wird uns erhalten bleiben, unabhängig davon, wie in den nächsten Monaten die Wahlen in der Welt ausgehen werden. Bei der Gestaltung unserer **neuen Außen- und Sicherheitspolitik** müssen wir diese Realität glasklar vor Augen haben.

Dafür brauchen wir gleichgesinnte Partner und Freunde innerhalb und außerhalb der G7. In diesem Sinne werden wir uns darum bemühen, **die Beziehungen zum Vereinigten Königreich** in Fragen von gemeinsamem Interesse wie Energie, Sicherheit, Resilienz und direkte Kontakte zwischen den Menschen zu intensivieren.

Ich werde eng mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin zusammenarbeiten, um ein koordiniertes Vorgehen bei unserem auswärtigen Handeln zu gewährleisten.

Erweiterung als geopolitisches Gebot

Die Feierlichkeiten zum 20. Jahrestages der größten Erweiterungswelle, die es je gab, boten Anlass, über den Erfolg nachzudenken,



den dies für diese Länder und die Union insgesamt darstellt.

Nun fordert uns die Geschichte erneut heraus: Europa steht am Scheideweg.

Ich glaube, dass es ein moralisches, politisches und geostrategisches Gebot ist, unsere Union getreu dem Versprechen, das wir in unseren Verträgen gegeben haben, weiter zu vollenden.

In einer Welt der Großmächte verleiht eine größere und stärkere Union uns mehr geopolitisches Gewicht und Einfluss auf der Weltbühne. Sie trägt dazu bei, unsere Abhängigkeiten zu verringern, unsere Widerstandskraft zu steigern und unsere Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Sie sorgt für mehr Sicherheit und kann dazu beitragen, Demokratie, Stabilität und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa zu verankern.

Der Weg dahin wird jedoch nicht leicht sein.

Der Beitritt zur EU wird stets entsprechende Verdienste voraussetzen – jeder Kandidat wird anhand seiner eigenen Fortschritte bei der Erfüllung sämtlicher Kriterien bewertet.

Wir werden die Kandidatenländer bei ihren Vorbereitungen noch stärker unterstützen, insbesondere durch die Investitionen und im Zusammenhang mit den Reformen im Rahmen des Wachstumsplans für den Westbalkan und der Ukraine-Fazilität. Dies wird dazu beitragen, dass sie bereits Teile des EU-Besitzstands übernehmen, sich in den Binnenmarkt integrieren und sich mit dem Umgang mit EU-Mitteln vertraut machen.

Die Rechtsstaatlichkeit und die Grundwerte werden auch weiterhin Eckpfeiler der Erweiterungspolitik der EU sein – und sie werden auch in Zukunft das Fundament unserer reformierten und erweiterten Union bilden.

Ich werde ein eigens für die Erweiterung zuständiges Kommissionsmitglied ernennen, das all dies steuern soll.

Im Jahr 2004 haben viele daran gezweifelt, dass die EU so viele Mitgliedstaaten mit so unterschiedlichen Stärken, Wirtschaftsstrukturen und Einwohnerzahlen aufnehmen kann. Doch die EU hat sich der Herausforderung gestellt, indem sie sich selbst gut vorbereitet und für eine frühzeitige Integration gesorgt hat.

Europa wird sich ein weiteres Mal dieser Herausforderung stellen.

Ein strategischerer Ansatz für unsere Nachbarschaft

Der stärker auf die Erweiterung ausgerichtete Ansatz sollte auch mit einem gezielteren Ansatz für unsere weitere Nachbarschaft, insbesondere den Mittelmeerraum, einhergehen.

Ich werde ein **Kommissionsmitglied für den Mittelmeerraum** ernennen, das für Investitionen und Partnerschaften, wirtschaftliche Stabilität, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Energie, Sicherheit, Migration und andere Bereiche von gegenseitigem Interesse zuständig ist und dabei unseren Werten und Grundsätzen Rechnung trägt. Es wird eng mit der Hohen Vertreterin/Vizepräsidentin zusammenarbeiten.

Mit der **neuen Agenda für den Mittelmeerraum** werden diese wichtigen Beziehungen neu gestaltet und es wird ein klares politisches Signal für die Partnerschaft in einer nunmehr konfliktreicheren und instabileren Welt gesetzt.

Darüber hinaus **muss Europa auch im Nahen Osten eine aktive Rolle spielen**, was im Interesse aller Parteien und der Stabilität in der Region liegt.

Wir müssen uns weiterhin an allen diplomatischen Bemühungen beteiligen, um für eine **gerechte und umfassende Lösung des anhaltenden Konflikts im Gazastreifen** zu sorgen.

Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um den tragischen Verlust von Menschenleben zu stoppen. Dies bedeutet, auf einen sofortigen Waffenstillstand im Gazastreifen, die Freilassung aller Geiseln und eine nennenswerte, nachhaltige Zunahme der humanitären Hilfe für die Bevölkerung im Gazastreifen hinzuwirken.

Wir brauchen einen dauerhaften Waffenstillstand und müssen weiter in die Zukunft blicken. Auf der Grundlage von Reformvereinbarungen werden wir ein mehrjähriges Unterstützungspaket schnüren, damit die Palästinensische Behörde wirksam agieren kann und der Weg für eine Zweistaatenlösung geebnet wird. Mit der Zweistaatenlösung kann sowohl die Sicherheit der Israelis als auch die der Palästinenser am besten gewährleistet werden.

Dies wird Teil einer **umfassenderen Strategie der EU für den Nahen Osten** sein, die auf die Zeit im Anschluss an den Krieg im Gazastreifen gerichtet ist. Im Mittelpunkt dieser Strategie sollten die Förderung der Zweistaatenlösung und die Stärkung von Partnerschaften mit wichtigen regionalen Akteuren stehen.

Eine neue Außenwirtschaftspolitik

In der heutigen Welt gehen Geopolitik und Geoökonomie Hand in Hand. Dies muss auch für die europäische Außen- und Wirtschaftspolitik gelten.

Europas Handelsmacht und wirtschaftliche Offenheit sind für unseren Wohlstand entscheidend: Es geht um die Erschließung neuer Märkte für unsere Unternehmen, ein

größeres Angebot nachhaltiger Güter für die Verbraucher und neue Investitionen in unsere Industrie.

Dies ist in einer Welt, die durch den Kampf um technologischen Vorsprung, die Instrumentalisierung wirtschaftlicher Abhängigkeiten und einen immer schmaleren Grat zwischen Wirtschaft und Sicherheit geprägt ist, von großer Bedeutung. Wir dürfen vor diesen Risiken nicht die Augen verschließen.

Wir brauchen eine neue Außenwirtschaftspolitik für die heutigen Realitäten.

Die drei Kernelemente sind wirtschaftliche Sicherheit, Handel und Investitionen in Partnerschaften.

Erstens wird die Kommission der Förderung der **wirtschaftlichen Sicherheit und des wirtschaftspolitischen Geschicks** in Europa Vorrang einräumen.

Das heißt, dass wir unsere eigene Wettbewerbsfähigkeit steigern müssen und in Forschungskapazitäten im Bereich der strategischen Technologien und der Technologien mit doppeltem Verwendungszweck investieren müssen, die für unsere Wirtschaft und Sicherheit von grundlegender Bedeutung sind.

Gleichzeitig müssen wir **unsere Wirtschaft entschlossener vor Problemen schützen**, die mit dem Abfluss von Schlüsseltechnologien und der Technologiesicherheit zusammenhängen. Diese Frage ist im Falle derer besonders akut, die auch strategische Wettbewerber und systemische Rivalen sind.

Dabei werden wir uns auf eine scharfsichtige Risikobewertung und unseren Grundsatz **„Risiken reduzieren, aber nicht Entkoppeln“** stützen.



Wir werden die Revision des Rahmens für die Überprüfung ausländischer Direktinvestitionen abschließen, einen wirklich koordinierten Ansatz für Ausfuhrkontrollen entwickeln und die mit Investitionen im Ausland verbundenen Risiken angehen. Wir werden gemeinsam mit der G7 und anderen gleich gesinnten Partnern Standards für wirtschaftliche Sicherheit bei wichtigen Lieferketten entwickeln.

Die zweite Säule unserer Außenwirtschaftspolitik ist der Handel.

Wir werden unsere auf freiem und fairem Handel fußenden Beziehungen mit Wachstumszentren und Partnern in der ganzen Welt weiter vertiefen, um Gegenseitigkeit und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu gewährleisten.

Damit der Zugang zu allem, was wir brauchen, um diversifizierte und widerstandsfähige Lieferketten zu schaffen, gesichert ist, werden wir auch neue Partnerschaften für sauberen Handel und Investitionen aufbauen und unsere Beziehungen im Zusammenhang mit **kritischen Mineralien und Rohstoffen** vertiefen.

Um dies zu unterstützen, müssen wir den regelbasierten Handel aufrechterhalten und verbessern, unter anderem durch **Reform und Stärkung der World Trade Organization**.

Gleichzeitig werden wir bei der Durchsetzung unserer Handelsabkommen mehr Ehrgeiz an den Tag legen und alle unsere **handelspolitischen Schutzinstrumente** nutzen, wo und wann immer dies erforderlich ist.

Das dritte Element unserer Außenwirtschaftspolitik sind Partnerschaften und gemeinsame Investitionen in unsere Interessen und unsere Partner im Rahmen von Global Gateway, unserer Initiative für

weltweite Investitionen in Infrastrukturprojekte.

Wir werden Global Gateway auf die nächste Ebene bringen, indem wir unseren Partnern ein integriertes Angebot unterbreiten – mit Infrastrukturinvestitionen, Handel und makroökonomischer Unterstützung als Teil des Pakets.

Wir werden dies im Rahmen des Konzepts „Team Europa“ tun, an dem sich die Mitgliedstaaten, öffentliche Entwicklungsbanken und Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen, die Europäische Investitionsbank, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Ausfuhrkreditagenturen und der Privatsektor beteiligen.

So wollen wir **langfristige, allseits vorteilhafte Partnerschaften schaffen**, indem wir in eine gemeinsame Zukunft investieren und uns auf lange Sicht engagieren.

Dies bedeutet auch, dass wir in Bereichen von gemeinsamem Interesse mit den Ländern und Wirtschaftsräumen in Afrika, im asiatisch-pazifischen Raum, in Lateinamerika und der Karibik zusammenarbeiten.

Der asiatisch-pazifische Raum hat sich zu einer wegweisenden Region für die globale Zukunft entwickelt. Wir werden unsere Zusammenarbeit mit unseren Partnern in der Region vertiefen, indem wir auf unserer bestehenden Strategie aufbauen. Dazu werden wir eine neue **Strategische Agenda EU-Indien** vorschlagen und unsere Kooperation mit der ASEAN-Region vertiefen.

Darüber hinaus werden wir mit Japan, Korea, Neuseeland und Australien zusammenarbeiten, die vor ähnlichen Herausforderungen in den Bereichen

Cybersicherheit, Weltraum und Technologie sowie in der sicheren Beschaffung kritischer Mineralien stehen wie wir. Dies beinhaltet gemeinsame Bemühungen, das gesamte Spektrum unseres gemeinsamen Handlungsspielraums einzusetzen, um China davon abzuhalten, den Status quo einseitig mit militärischen Mitteln zu verändern, insbesondere in Bezug auf Taiwan.

Im Vorfeld des nächsten Gipfeltreffens zwischen der EU und der Afrikanischen Union im Jahr 2025 brauchen wir einen **neuen Impuls für unsere gegenseitige Partnerschaft mit Afrika**. Mit Global Gateway werden wir Investitionen in Verkehrskorridore, Häfen, die Erzeugung erneuerbarer Energien, die Herstellung von grünem Wasserstoff und Rohstoff-Wertschöpfungsketten vorantreiben.

Wir werden zusammenarbeiten, um die Anliegen Afrikas – von der Reform der internationalen Institutionen bis hin zu den Auswirkungen des Klimawandels, der Demografie und der Migration auf unseren Kontinenten – gemeinsam anzugehen.

Wir werden die Zusammenarbeit zwischen der EU und **Lateinamerika und der Karibik** durch Investitionen im Rahmen von Global Gateway und die Zusammenarbeit bei unseren gemeinsamen Interessen – von der Sicherheit bis hin zur Energie – intensivieren.

Multilateralismus für die Welt von heute neu gestalten

Europa wird stets die auf Regeln beruhende internationale Ordnung verteidigen, in der Recht und Normen stärker sind als

Machtansprüche und Konflikte. Darauf gründet sich unsere Union und darauf wird sich unsere Zukunft gründen.

Wir müssen allerdings auch die legitimen Anliegen der Partner auf der ganzen Welt anerkennen, nach deren Ansicht das derzeitige System weder von ihnen konzipiert wurde noch für sie geeignet ist.

Ich möchte, dass Europa eine führende Rolle bei der Reform des internationalen Systems spielt.

Zunächst wird es beim bevorstehenden **Zukunftsgipfel der Vereinten Nationen** darum gehen, auf eine gerechtere Vertretung aller Regionen hinzuwirken und Fragen im Zusammenhang mit Entwicklung und Verschuldung anzugehen.

Wir sollten diese Gelegenheit nutzen, um unser internationales System für die heutige Welt fit zu machen – insbesondere im digitalen Bereich, in dem starke Schutzmaßnahmen und eine neue Form der Governance benötigt werden.

Wir müssen auch besser auf die Anliegen unserer Partner, die mit den Auswirkungen europäischer Rechtsvorschriften konfrontiert sind, hören und besser darauf eingehen. Dies gilt insbesondere für die Auswirkungen des europäischen Green Deal.

Wir müssen bei der Bewertung der Auswirkungen unserer Rechtsvorschriften auf Nicht-EU-Länder systematischer vorgehen und wir müssen ihnen eine gezieltere Unterstützung dabei anbieten, sich an diese Rechtsvorschriften anzupassen und von ihnen zu profitieren.



Gemeinsam handeln und die Zukunft unserer Union vorbereiten

In den letzten fünf Jahren hat Europa den Kurs für ein ehrgeiziges Modernisierungsprogramm gesetzt. Wir müssen uns nun auf Umsetzung, Investitionen und Reformen konzentrieren, und so unsere Zukunft vorbereiten. Dies gilt für alle in diesen Leitlinien festgelegten Prioritäten und erfordert Teamarbeit zwischen allen Institutionen und Mitgliedstaaten.

Ein neuer Haushalt, der zu unseren Zukunftsplänen passt

Der EU-Haushalt verbessert die Lebensqualität und -grundlage von Bürgerinnen und Bürgern, Landwirtinnen und Landwirten, Forscherinnen und Forschern sowie Unternehmen und Regionen in ganz Europa und darüber hinaus.

Gerade in den letzten Jahren wurde erneut deutlich, wie wichtig der Haushalt ist – von der Reaktion auf die Pandemie über die Bewältigung der Energiekrise bis hin zur Unterstützung der Ukraine.

Wir haben uns auf das SURE-Programm geeinigt, mithilfe dessen rund 40 Millionen Arbeitsplätze in der gesamten Union gerettet werden sollten, auf NextGenerationEU, mit dem wir in unsere künftige Wirtschaft investieren, und auf REPowerEU, mit dem wir nach Putins Erpressung die Energiepreise gesenkt und unsere eigene Versorgung angekurbelt haben.

Und als wir dringend Mittel für wichtige Prioritäten brauchten, haben wir uns auf die erste Halbzeitüberprüfung unseres Haushalts geeinigt.

All dies zeigt, dass der EU-Haushalt vielseitig und vor allem dort einsetzbar ist, wo die Mittel am dringendsten gebraucht

werden. Nun müssen wir dafür sorgen, dass wir diese Finanzkraft in den nächsten Jahren bestmöglich einsetzen.

Gleichzeitig haben wir viel aus diesen Erfahrungen gelernt – insbesondere, dass wir unsere Finanzmittel **einfach, flexibel, schnell und strategisch klug** einsetzen müssen.

Unsere Ausgaben auf europäischer Ebene im laufenden Haushaltszeitraum stehen im Vergleich zu denen unserer Wettbewerber gut da – und hier sind die nationalen Ausgaben noch gar nicht inbegriffen. Dennoch sind die Gelder noch auf zu viele sich überschneidende Programme verteilt, von denen etliche dieselben Maßnahmen finanzieren, gleichzeitig aber unterschiedliche Voraussetzungen haben und somit eine wirksame Kombination der Finanzierungswege erschweren. Wir müssen unsere EU-Ausgaben besser auf unsere gemeinsamen Prioritäten ausrichten.

Für einen modernen und gestärkten EU-Haushalt müssen wir umdenken.

Deshalb werde ich 2025 einen neuen langfristigen Haushalt vorschlagen, der Folgendes umfassen wird:

eine **gezieltere** Ausrichtung auf unsere Prioritäten und Ziele, die an den dringendsten Stellen ansetzt und dabei so flexibel wie möglich ist. Ich möchte, dass unser Haushalt politik- und nicht programmorientiert ist.

eine **einfachere** Struktur – mit weniger Programmen und einem Plan für jedes Land, in dem wichtige Reformen mit Investitionen verknüpft werden, wobei der Schwerpunkt auf unseren gemeinsamen Prioritäten liegt, einschließlich der Förderung des

wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts.

eine **höhere Wirksamkeit**, insbesondere durch einen europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit und effektivere Nutzung unserer Haushaltsmittel, um weitere nationale, private und institutionelle Finanzmittel zu mobilisieren.

Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist und bleibt eine unverhandelbare Voraussetzung für den Zugang zu EU-Mitteln.

Außerdem müssen wir die **Finanzierungsinstrumente für unsere Außenbeziehungen neu gestalten** – für wirksamere und zielgerichtetere Mittel für unsere Partner und eine stärkere Abstimmung mit unseren strategischen Interessen.

Dieses Ziel erfordert **verstärkte und moderne Einnahmequellen für den EU-Haushalt**. Es werden neue Eigenmittel benötigt, um eine ausreichende und nachhaltige Finanzierung unserer gemeinsamen Prioritäten sicherzustellen.

Ein ehrgeiziges Reformprogramm für Europa

Reformen waren zuvor bereits notwendig, doch mit der Erweiterung werden sie unverzichtbar.

Ich glaube, dass wir ein **ehrgeiziges Reformprogramm** brauchen, um das ordnungsgemäße Funktionieren einer größeren Union zu gewährleisten, um dafür zu sorgen, dass wir unsere geopolitischen Herausforderungen bewältigen können und um die demokratische Legitimität, insbesondere durch die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, zu verbessern. Dazu gehört es auch weiterhin, die Erkenntnisse aus der Konferenz zur Zukunft Europas in Maßnahmen umzusetzen.

Ich glaube, dass wir Änderungen in unseren Verträgen brauchen, wo dies unsere Union besser macht.

Wir müssen die Erweiterung auch als Katalysator für Fortschritte in unserer Handlungsfähigkeit, unserer Politik und unseren Ausgabenprogrammen sehen.

Sowohl die EU als auch die künftigen Mitgliedstaaten sollten zum Zeitpunkt des Beitritts bereit sein. Daran sollten wir gleichzeitig arbeiten. Die EU muss gleichzeitig erweitert und vertieft werden.

In den ersten 100 Tagen werden wir unsere **Überprüfungen der Politikfelder im Vorfeld der Erweiterung** vorlegen, die sich auf einzelne Bereiche wie Rechtsstaatlichkeit, Binnenmarkt, Ernährungssicherheit, Verteidigung und Sicherheit, Klima und Energie und Migration sowie auf soziale, wirtschaftliche und territoriale Konvergenz im weiteren Sinne konzentrieren.

Wir werden Vorschläge unterbreiten, mit denen die **Handlungsfähigkeit Europas verbessert** wird – beispielsweise neue Formate und Entscheidungsprozesse, auch für eine größere Union.

Dabei werden wir uns auf das, was bereits jetzt getan werden kann, und die Bereiche, in denen sich ein breiter Konsens abzeichnet, konzentrieren.

Im Einklang mit dem Europäischen Parlament

Im Jahr 2019 habe ich die Stärkung der Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament zu einer Priorität erklärt.

Ich habe versprochen, dem Parlament eine stärkere Rolle bei der Vorlage und Gestaltung von Rechtsvorschriften einzuräumen. Wir haben unser Versprechen gehalten, indem wir auf die Entschlüsse

des Parlaments nach Artikel 225 mit Legislativvorschlägen reagierten, die den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, der Subsidiarität und der besseren Rechtsetzung uneingeschränkt Rechnung trugen.

Ich unterstütze dieses Initiativrecht weiterhin.

Wir werden **unsere Zusammenarbeit im Rahmen von Artikel 225 verstärken**, indem wir die Kommissionsmitglieder auffordern, mit den parlamentarischen Ausschüssen in strukturierte Dialoge über diese Entschlüsse zu treten.

Gleichzeitig gibt es viele Bereiche, in denen wir die Zusammenarbeit unserer Institutionen noch verbessern können.

Deshalb möchte ich gemeinsam mit dem Europäischen Parlament rasch unsere **Rahmenvereinbarung überarbeiten**. So soll unsere gemeinsame politische Verantwortung gestärkt, unser Dialog ausgebaut, der Informationsfluss erhöht und mehr Transparenz erreicht werden.

Viele der Krisen, mit denen wir in der letzten Legislaturperiode konfrontiert waren, konnten nur mithilfe außergewöhnlicher Maßnahmen bewältigt werden, insbesondere durch die Anwendung von Artikel 122 AEUV.

Ich habe mir den Standpunkt des Parlaments zu diesem Thema zu Herzen genommen und werde sicherstellen, dass dieser Artikel nur unter außergewöhnlichen Umständen angewandt wird. Ich werde sicherstellen, dass eine **Anwendung des Artikels 122 von der Kommission gegenüber dem Parlament in vollem Umfang gerechtfertigt wird**.

Schließlich möchte ich **unseren Dialog ausbauen** und dafür sorgen, dass sich die Kommissionsmitglieder in ihren jeweiligen Ausschüssen stärker einbringen.

Das Kollegium wird allen Forderungen nach Aussprachen im Plenum durch das Europäische Parlament in dem am besten geeigneten Format nachkommen.

[REDACTED]

